

Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung	461
Rußlands Auslandsverbindlichkeiten nach der langfristigen Umschuldung	470

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 28/96

Berlin

Stöglin

11. Juli 1996

63. Jahrgang

Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung

Die Erwerbsorientierung von Frauen war in Westdeutschland nach wie vor im Anstieg begriffen, in Ostdeutschland verharrte sie auf sehr hohem Niveau. Für viele Familienhaushalte ist die Erwerbsarbeit von Frauen von hoher materieller Bedeutung. Der Wandel der Familienformen und auch die sich verändernde Struktur der Beschäftigungsverhältnisse verlangen eine verstärkte eigenständige Existenzsicherung der Frauen durch Erwerbsarbeit. Mit einem freiwilligen Rückzug insbesondere von Frauen aus dem Erwerbsleben und einer entsprechenden Dämpfung der Probleme am Arbeitsmarkt kann deshalb nicht gerechnet werden. Dies sind Ergebnisse von Datenanalysen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) der Erhebungsjahre 1990 bis 1995¹.

Ostdeutschland

Nach der deutschen Vereinigung stieg die offene Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland rapide. Seit 1992 hält sich die Arbeitslosenquote von Frauen auf einem — saisonal nur leicht schwankenden — Niveau zwischen 19 und 21 vH (Männer zwischen 10 und 12 vH). In der jüngsten Vergangenheit nahm sie wieder zu, dies insbesondere bei Männern². Bei anhaltend niedrigem Wirtschaftswachstum könnten zu einer durchgreifenden Milderung der Arbeitsmarktprobleme auch Änderungen in der Erwerbsorientierung beitragen. Diese würden sich beispielsweise in der „freiwilligen“ Wahl kürzerer Arbeitszeiten oder auch in einem Rückzug vom Arbeitsmarkt ausdrücken. Zum Potential der Arbeitszeitverkürzung auf seiten der Beschäftigten hat das DIW bereits in der Vergangenheit Analysen vorgelegt³.

Die Erwerbsbeteiligung wird üblicherweise mit Hilfe von Erwerbsquoten dargestellt, d.h. dem Verhältnis der Erwerbstätigen und Erwerbslosen einer bestimmten Altersgruppe zur Zahl aller Personen dieser Altersgruppe.

Blickt man auf die jüngst veröffentlichten Ergebnisse des Mikrozensus⁴ (vgl. Tabelle 1), so fiel der Rückgang in der Erwerbsquote von 1991 bis 1995 bei den Männern (15-65 Jahre) deutlicher aus als bei den Frauen (6,3 Prozent-

¹ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung bei über 13 000 erwachsenen Personen in Privathaushalten. Es wird vom DIW seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern durchgeführt. Im Juni 1990 wurde das SOEP auf das Gebiet der DDR ausgedehnt. Vgl. hierzu auch Projektgruppe Panel, Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 5-15.

² So lag im Mai die Arbeitslosenquote von Männern in Ostdeutschland bei 13,3 vH gegenüber 10,1 vH im Vorjahr.

³ Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/1994. Vgl. zur Diskussion um Arbeitszeitwünsche und Arbeitszeitwirklichkeit auch die jüngst erschienene Studie von Frank Bauer et al., Arbeitszeit '95 im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Köln 1996.

⁴ Vgl. Ulrich Greiner, Erste Ergebnisse des Mikrozensus April 1995, in: Wirtschaft und Statistik Heft 5/1996, S. 304-312.

punkte versus 3,3). Dieses auf den ersten Blick überraschende Ergebnis ist für die einzelnen Altersgruppen zu differenzieren. Gemeinsam ist Männern wie Frauen in den Altersgruppen der 30- bis 50jährigen, daß keine nachhaltigen Rückgänge der nach wie vor hohen Erwerbsquoten zu beobachten sind⁵. Lediglich bei den jüngeren Altersgruppen kam es durch verlängerte Bildungszeiten zu deutlichen Rückgängen. Bei den Altersgruppen der über 50jährigen näherten sich aufgrund der starken Rückzüge der Männer vom Arbeitsmarkt die Erwerbsquoten beider Geschlechter an.

Ein anderes Bild (Tabelle 2) zeigt sich, wenn nur die tatsächlich Beschäftigten betrachtet werden (die zuvor genannte Erwerbsquote bezog auch Erwerbslose mit ein). Hier veränderte sich die geschlechtsspezifische Beschäftigtenstruktur zugunsten der Männer. Der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten sank von 1990 (47 vH) bis 1992 (45 vH) deutlich, dann allerdings nur noch gering (1995: 44 vH). Diese Entwicklung wurde zunächst von einem Rückgang der Teilzeitarbeit begleitet. Nach 1992 stieg diese Beschäftigungsform jedoch wieder deutlich.

Abnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

In Ostdeutschland sind relativ noch erheblich mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als in Westdeutschland; so ist der Anteil bei den Frauen um 20 Prozentpunkte und bei den Männern um 12 Prozentpunkte höher (Tabelle 3). Im Unterschied zu Westdeutschland entrichten Frauen in Ostdeutschland häufiger Beiträge zur Sozialversicherung als Männer. 1995 waren 86 vH der erwerbstätigen Frauen (1991: 93 vH) und 82 vH der erwerbstätigen Männer (1991: 90 vH) sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Vollzeit-Erwerbstätige sind unter den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern seit 1991 in geringerem Umfang anzutreffen. Die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung hat nach den Ergebnissen des SOEP insbesondere bei den Frauen gegenüber 1991 an Gewicht gewonnen und lag 1995 mit 19 vH nahezu auf westdeutschem Niveau.

Zu der Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse trug der Anstieg bei den geringfügig Beschäftigten und den Selbständigen bei. Der Anteil von Personen, die in Ostdeutschland einer geringfügigen (nichtsozialversicherungspflichtigen) Tätigkeit⁶ nachgingen, verdoppelte sich von 1991 bis 1995 (1995: Frauen 7 vH, Männer 6 vH) und näherte sich westdeutschen Strukturen an⁷. Auch die Gruppe der (nicht sozialversicherungspflichtigen) Selbständigen gewann an Bedeutung. Hier verzeichneten beide Geschlechter einen ähnlich hohen Zuwachs; insgesamt war der Frauenanteil hier jedoch niedriger (1991: 4 vH bzw. 7 vH, 1995: 6 vH bzw. 10 vH).

In Ostdeutschland verliert die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung an Gewicht. Auch der Umfang der Ein-

zahlungen ist, bedingt durch die relative Abnahme der Vollzeit-Erwerbsarbeit, im Rückgang begriffen. Sollte die Entwicklung der Beschäftigungsformen dem westdeutschen Muster weiterhin folgen (beispielsweise aufgrund der Struktur der Beschäftigungsformen auf seiten der Arbeitskräftenachfrage), ist mit einem weiteren deutlichen Absinken des Anteils der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in der Sozialversicherung zu rechnen. Dies würde vor dem Hintergrund eines stagnierenden Beschäftigungsniveaus und den Bemühungen, die Abgabenquote zur Sozialversicherung bei den Beitragszahlern spürbar zu senken, zu einer Verschärfung der Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungsleistungen in Deutschland führen⁸.

⁵ Dieses Ergebnis wird auch durch eine vergleichende Längsschnittuntersuchung der „Stillen Reserve“ ostdeutscher Frauen gestützt. Sowohl Sekundäranalysen des SOEP als auch des Arbeitsmarkt-Monitors führen zu dem Ergebnis, wonach sich die Stille Reserve als „eine sehr dynamische Gruppe erweist, die immer wieder die Nähe zum Arbeitsmarkt sucht. Gut die Hälfte dieser Frauen schaffte nach zwei bis drei Jahren den Übergang in die Erwerbstätigkeit; zur Stillen Reserve gehörten zwei Jahre später weniger als 10 vH der früheren Stille Reserve-Frauen“. Barbara Pfeiffer, Erwerbsbeteiligung und Stille Reserve ostdeutscher Frauen, in: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 29, Heft 1/96, S. 117.

⁶ Bei Nichterwerbstätigen mit geringfügiger Teilzeitbeschäftigung als Haupttätigkeit handelt es sich um Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung angaben, regelmäßig (weniger als 15 Stunden in der Woche) oder gelegentlich Arbeiten gegen Entgelt auszuführen (das Entgelt darf eine — der jährlichen allgemeinen Einkommensentwicklung angepaßte — Grenze nicht überschreiten; z.B. 1995 590 DM (West) bzw. 500 DM (Ost) — Stand 1996). Diese Form der Tätigkeit wird überwiegend als geringfügig entlohnte Tätigkeit eingestuft und ist versicherungsfrei in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Sie ist damit auch von entsprechenden Versicherungsleistungen ausgeschlossen. Eine derartige Tätigkeit ist auch für arbeitslos gemeldete Personen legal möglich. Auch im Mikrozensus wurde die Leitfrage zur Abgrenzung der Erwerbstätigkeit in dieser Weise erweitert. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1990, S. 33 ff. Bei Nichterwerbstätigen mit geringfügiger Teilzeitbeschäftigung als Nebenerwerbstätigkeit handelt es sich um Personen, die zwar zum Zeitpunkt der Befragung angaben, nichterwerbstätig zu sein, dennoch im Befragungszeitraum eine Nebenerwerbstätigkeit ausübten. Im SOEP wird auch hier der zeitliche Umfang der Nebenerwerbstätigkeit erhoben, mit dessen Hilfe sich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von Nichterwerbstätigen abgrenzen lassen, wenn die Beschäftigung weniger als 15 Stunden in der Woche ausgeübt wird und somit i.d.R. nicht sozialversicherungspflichtig ist.

⁷ Vgl. hierzu auch die Analysen in: Zur Expansion der versicherungsfreien Erwerbstätigkeit in Deutschland. Bearb.: Jürgen Schupp, Johannes Schwarze und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/95.

⁸ Vgl. zu dieser Diskussion auch: Finanzentwicklung der Sozialversicherung, Bearb.: Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1995, sowie Hartmut Seifert, Sozialversicherungsfreie Beschäftigung: Verlierende und Gewinnende. In: Soziale Sicherheit, Jg. 45, Heft 5/1996, S. 184 ff.

Tabelle 1

Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen der jeweiligen Altersgruppe (Erwerbsquoten) in vH

Alter von ... bis unter ... Jahren	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	Frauen		Veränderung ¹⁾	Männer		Veränderung ¹⁾	Frauen		Veränderung ¹⁾	Männer		Veränderung ¹⁾
1991	1995	1991		1995	1991		1995	1991		1995	1991	
15-20	34,8	28,2	-6,6	40,7	34,8	-5,9	46,3	30,4	-15,9	59,5	40,5	-19,0
20-25	73,4	68,7	-4,7	77,8	75,7	-2,1	87,2	81,0	-6,2	88,9	86,5	-2,4
25-30	70,8	72,5	1,7	86,8	86,0	-0,8	96,2	90,7	-5,5	96,2	93,1	-3,1
30-35	66,5	68,6	2,1	95,7	95,4	-0,3	97,3	94,8	-2,5	98,8	98,1	-0,7
35-40	68,8	70,5	1,7	97,4	96,8	-0,6	97,7	96,3	-1,4	99,0	98,3	-0,7
40-45	70,5	74,4	3,9	97,2	97,1	-0,1	96,9	96,2	-0,7	99,2	97,7	-1,5
45-50	67,1	71,7	4,6	95,9	96,1	0,2	95,7	93,9	-1,8	98,6	96,3	-2,3
50-55	58,6	63,8	5,2	92,9	92,2	-0,7	91,4	89,8	-1,6	95,3	94,0	-1,3
55-60	44,4	48,4	4,0	81,4	79,0	-2,4	37,2	53,7	16,5	72,8	62,4	-10,4
60-65	12,2	13,0	0,8	35,0	33,0	-2,0	4,8	3,3	-1,5	26,8	15,7	-11,1
15-65	58,4	59,9	1,5	82,2	81,3	-0,9	77,2	73,9	-3,3	86,0	79,7	-6,3

¹⁾ Veränderung von 1991 bis 1995 in vH-Punkten.

Datenbasis: Mikrozensus 1991 und 1995; veröffentlicht in Statistisches Bundesamt FS 1, Reihe 4.1.1, sowie Wirtschaft und Statistik, Heft 5/96; S. 306, eigene Berechnungen.

Erwerbsneigung der Frauen nach wie vor hoch

Das SOEP stellt weiterhin Informationen über die Erwerbswünsche nichtbeschäftigter Personen zur Verfügung. Hierüber können nicht nur Hinweise über die „Stille Reserve“ gewonnen, sondern auch strukturelle Veränderung oder Konstanz der Erwerbsorientierung dieser in der

Arbeitsmarktstatistik gewöhnlich nicht erfaßten Personengruppen ermittelt werden.

In Ostdeutschland stabilisierte sich die Erwerbsbeteiligung und der Erwerbswunsch von Frauen auf einem — im Vergleich zu Westdeutschland — hohen Niveau. Der vollständige Rückzug vom Arbeitsmarkt ist nach den Daten

Tabelle 2

Beschäftigte in West- und Ostdeutschland nach Erwerbsumfang

Erwerbsumfang ¹⁾	Westdeutschland						Ostdeutschland						
	1987	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Männer (hochgerechnet in 1000) ²⁾	16 578	17 585	17 719	17 845	17 621	17 270	17 141	4 461	4 156	3 778	3 675	3 717	3 797
— unregelmäßig/geringfügig Beschäftigte ³⁾	5	6	6	7	7	8	9	3	3	4	5	6	7
— regelmäßig Teilzeitbeschäftigt	1	2	2	2	2	2	2	1	2	1	1	1	1
— Vollzeitbeschäftigt	94	92	92	91	91	90	90	96	95	95	94	93	92
Frauen (hochgerechnet in 1000) ²⁾	10 505	11 749	11 965	12 249	12 161	12 127	12 104	3 936	3 605	3 068	2 944	2 961	3 007
— unregelmäßig/geringfügig Beschäftigte ³⁾	16	16	20	17	18	20	21	4	4	6	6	8	8
— regelmäßig Teilzeitbeschäftigt	24	26	26	27	27	27	26	24	16	14	15	17	21
— Vollzeitbeschäftigt	59	58	55	56	55	53	53	72	80	81	79	74	71
Nachrichtlich: Frauenanteil an allen Beschäftigten	38,8	40,1	40,3	40,7	40,8	41,3	41,4	46,9	46,5	44,8	44,5	44,3	44,2

¹⁾ Nach Selbsteinstufung der Beschäftigten. — ²⁾ Eckzahl der SOEP-Hochrechnung wurde an Mikrozensus angepaßt; Ausnahme Ostdeutschland 1990. — ³⁾ In diese Kategorie wurden Beschäftigte (außer Selbstständige und Beamte) ohne Beitragszahlungen zur Rentenversicherung durch den Arbeitgeber zugeordnet.

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), 1987,1990-1995.

Tabelle 3 Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in West- und Ostdeutschland

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1991	1995	1991	1995	1991	1995	1991	1995
Beschäftigte insgesamt in 1000 ¹⁾	17 719	17 141	11 965	12 102	4 156	3 797	3 605	3 007
<i>Berufliche Stellung der Haupterwerbstätigkeit in vH</i>								
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Sozialversicherungspflichtig	72	70	70	66	90	82	93	86
— Vollzeitbeschäftigt	71	69	49	45	89	80	78	66
— Teilzeitbeschäftigt	2	2	21	22	2	2	15	19
Beamte	10	10	5	6	1	3	1	1
Selbständige	12	12	10	10	7	10	4	6
— Mithelfende Familienangehörige	2	1	3	2	0	1	2	1
Geringfügig Beschäftigte ²⁾	5	8	16	17	3	6	3	7
— geringfügige Teilzeitbeschäftigung als Haupttätigkeit	3	3	11	10	0	1	1	2
— geringfügige Nebenerwerbstätigkeit von Nichterwerbstätigen	2	5	5	7	2	5	2	5

1) Eckzahl der SOEP-Hochrechnung wurde an den Mikrozensus angepaßt. — 2) In der Haupttätigkeit geringfügig Teilzeitbeschäftigte sowie Nichterwerbstätige mit geringfügiger Nebenerwerbstätigkeit.
Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), 1990, 1995.

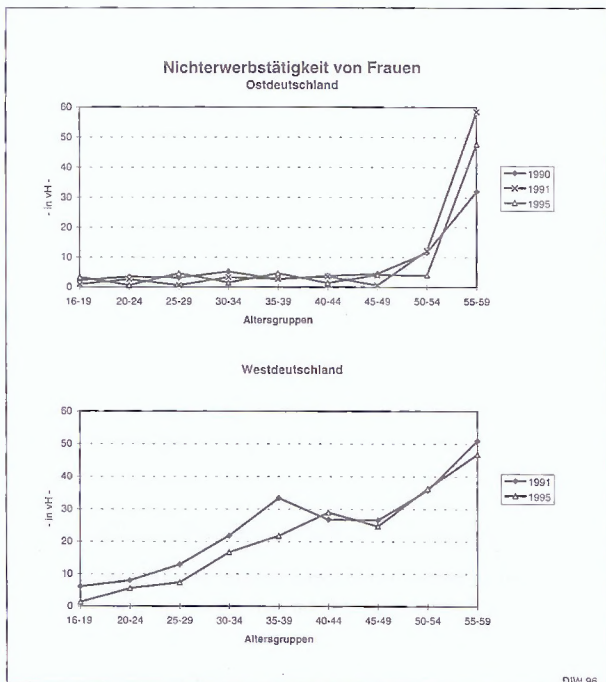
des SOEP zumindest bis zum Frühjahr 1995 kein Thema (Abbildung). 1995 gaben in dieser repräsentativen Befragung lediglich noch 9 vH der Frauen im Alter von 16 bis 59 Jahren an, sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückgezogen zu haben, d.h. weder einer Erwerbsarbeit nachzugehen, noch arbeitslos gemeldet oder in Aus- bzw. Fortbildung zu sein. Nach dem Auslaufen der Maßnahmen zur

Frühverrentung weisen die älteren Frauen sogar eine deutlich höhere Erwerbsneigung als in den vergangenen Jahren auf. Sie haben sich mittlerweile dem Verhalten der älteren Frauen (55-59 Jahre) in Westdeutschland angenähert.

Unter den nichtbeschäftigten Frauen in Ostdeutschland, einschließlich der arbeitslos gemeldeten (Tabelle 4), verharrt die Dringlichkeit des Erwerbswunsches auf hohem Niveau: sie hat seit 1992 nur leicht abgenommen. Mehr als zwei Drittel wollten 1995 sofort bzw. innerhalb der nächsten zwölf Monate und ein knappes Viertel der nichterwerbstätigen Frauen „später“ erwerbstätig werden.

Die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt hat also bislang keineswegs zu einer Entmutigung der nichtbeschäftigten Frauen geführt. In ihren Erwerbswünschen unterscheiden sie sich nach wie vor kaum von jenen der Männer. Damit bestätigen sich auch 1995 die bereits kurz nach der Vereinigung vom DIW getroffenen Annahmen des Verharrens der Erwerbsorientierung von Frauen auf einem hohen Niveau⁹.

Während bei den Frauen die Arbeitslosigkeit unter den Nichtbeschäftigten — bedingt durch stärkere (Fort-)Bildungsaktivitäten — deutlich abnahm, stieg der Anteil



⁹ Vgl. hierzu: Frauenpolitische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Bearb.: Elke Holst. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/1991, sowie Umbruch am ostdeutschen Arbeitsmarkt benachteiligt auch die weiterhin erwerbstätigen Frauen — dennoch anhaltend hohe Berufsorientierung. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1992.

Tabelle 4

Zukunftsperspektiven Nichtbeschäftigter: Gewünschte Aufnahme einer Erwerbstätigkeit¹⁾

Von allen Nichtbeschäftigten ²⁾ wollen erwerbstätig werden (in vH)	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Frauen											
Hochgerechnet in 1 000	5 676	5 317	5 569	5 733	5 909	5 530	347	899	1 235	1 202	1 168	1 084
— sofort/innerhalb 12 Monate	19	19	23	20	24	23	55	64	75	74	71	68
— später	32	34	34	38	40	45	26	24	15	16	20	23
— gar nicht	50	47	43	42	36	32	20	12	10	11	10	9
Anteil arbeitslos Gemeldeter	8	6	7	8	12	12	./.	37	51	55	57	49
<i>Nachrichtlich: Anteil der Nichterwerbstätigen¹⁾ an Bevölkerung in vH²⁾</i>	35	32	34	34	36	34	14	22	30	29	30	29
	Männer											
Hochgerechnet in 1 000	1 885	2 021	2 169	2 253	2 469	2 084	197	478	617	657	660	570
— sofort/innerhalb 12 Monate	44	44	43	51	62	52	55	78	75	80	80	76
— später	39	36	35	27	23	34	27	12	17	14	12	12
— gar nicht	16	20	22	21	16	14	19	10	8	6	8	13
Anteil arbeitslos Gemeldeter	22	22	28	35	42	30	./.	43	50	57	58	59
<i>Nachrichtlich: Anteil der Nichterwerbstätigen¹⁾ an Bevölkerung in vH²⁾</i>	11	12	13	14	15	14	5	11	15	17	17	15

¹⁾ Einschließlich arbeitslos Gemeldeter, Personen in Aus- und Fortbildung sowie Personen im Erziehungsurlaub. — ²⁾ Im Alter von 16 bis 55 Jahre.
Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), Querschnittdatensätze 1985, 1990-1995.

arbeitsloser Männer unter den Nichterwerbstätigen seit der deutschen Vereinigung ständig und lag zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 1995 bei 59 vH. In dieser Gruppe scheint möglicherweise ein leichter Entmutigungseffekt einzutreten: 1995 gaben 13 vH der nichterwerbstätigen Männer an, nicht mehr erwerbstätig werden zu wollen; 1991 und danach war dieser Anteil zunächst deutlich niedriger. Inwieweit sich diese Entwicklung, die auch wegen der geringen Fallzahl noch nicht statistisch signifikant ist, stabilisiert, muß abgewartet werden.

Der Rückgang der Erwerbsneigung mag im Zusammenhang mit den wachsenden Arbeitsmarktproblemen für Männer, aber möglicherweise auch mit der starken Erwerbsposition ostdeutscher Frauen in den Paar-Haushalten gesehen werden.

**Traditionelles Alleinverdiener-Modell
keine Alternative**

Die größten Umbrüche waren für die Haushalte mit Ehepaaren im erwerbsfähigen Alter direkt nach der deutschen Vereinigung zu bewältigen (Tabelle 5). Der Anteil der Haushalte, in denen beide Ehepartner erwerbstätig waren, sank

drastisch, von 83 vH (1990) auf 58 vH (1992), und hielt sich hiernach auf diesem Niveau (1995: 59 vH). Im Zuge des Rückgangs der Vollzeitwerbsarbeit nahm in diesen Haushalten auch der Umfang vollzeitbeschäftigter Frauen ständig ab (1990: 60 vH, 1995: 43 vH). Der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen sank in den Paar-Haushalten in den ersten Jahren erheblich und erreichte 1993 mit 11 vH seinen niedrigsten Wert¹⁰. Seitdem stieg die Bedeutung von Teilzeitarbeit in Paar-Haushalten wieder, ohne jedoch die Höhe des Anteils wie in Westdeutschland zu erlangen (1995: 17 vH, West: 29 vH).

Das klassische Modell des männlichen Alleinverdieners scheint in Ostdeutschland auf den ersten Blick einen erheblichen Bedeutungsgewinn aufzuweisen. Es nahm direkt nach der deutschen Vereinigung sprunghaft zu (plus 12 Prozentpunkte) und stabilisierte sich mit etwa einem

¹⁰ Bei diesem Ergebnis ist zu berücksichtigen, daß Teilzeitarbeit in der DDR zu einem erheblichen Teil von älteren Frauen ausgeübt worden war, die sich über die Inanspruchnahme von Frühverrentungsmaßnahmen dauerhaft aus dem Erwerbsleben zurückzogen. Vgl. hierzu auch Karsten Schuldt, Sozio-ökonomische Aspekte der Gestaltung der Lebensarbeitszeit in der DDR bis 1989. BeitrAB 141, Nürnberg 1991.

Viertel aller Paar-Haushalte im Alter bis zu 59 Jahren — allerdings mit 26 vH auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in Westdeutschland (39 vH). Eine nähere Analyse zeigt jedoch, daß viele Frauen in diesen Haushalten selbst Einkünfte (Transfers) beziehen. In weit mehr als der Hälfte der Alleinverdiener-Haushalte waren die Ehefrauen arbeitslos gemeldet. Zieht man den Anteil der Haushalte, in denen die Ehefrau arbeitslos gemeldet war, von dem Anteil der Alleinverdiener-Haushalte ab (26 vH minus 14 vH), dann erhält man für das traditionelle Modell mit 12 vH ungefähr einen ebenso niedrigeren Wert wie vor der Vereinigung 1990 (14 vH), einem Zeitpunkt, an dem es praktisch noch keine registrierte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland gab. Damit besteht in der Haushaltskomposition in bezug auf die Erwerbsbeteiligung der Partner noch ein deutlicher Unterschied zu Westdeutschland (in den entsprechenden westdeutschen Haushalten sind 2 vH der Ehefrauen arbeitslos gemeldet, dies entspricht nur etwa 5 vH aller traditionellen Alleinverdiener-Haushalte).

Das Modell der alleinerwerbstätigen Ehepartnerin hat in Ostdeutschland deutlich an Gewicht gewonnen. Im Jahre 1990 ging nur in 2 vH der Paar-Haushalte ausschließlich die Ehefrau einer Beschäftigung nach, bis 1995 vervierfachte sich dieser Anteil (8 vH).

Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt haben häufig dazu geführt, daß beide Ehepartner ihren Job verloren haben. Seit 1992 sind in etwa 8 vH aller Paar-Haushalte (im Alter bis zu 59 Jahren) sowohl die Frau als auch der Mann nicht-erwerbstätig; in der Hälfte dieser Haushalte ist die Frau arbeitslos gemeldet (in Westdeutschland war dies im Frühjahr 1995 nur ein Fünftel).

Vollzeit-Verdienst der Frauen für den Paar-Haushalt immer wichtiger — Teilzeitarbeit unverzichtbarer Zuverdienst

In der umfangreichsten Gruppe (Haushalte mit einer vollzeiterwerbstätigen Partnerin) hat die finanzielle Bedeutung der Erwerbsarbeit der Partnerin seit 1990 beständig zugenommen (vgl. Tabelle 6). Sie trugen 1995 bereits knapp die Hälfte (48 vH) des gesamten durchschnittlichen Nettoeinkommens (1990: 44 vH) in diesen Haushalten bei. Ein freiwilliger Verzicht auf den Verdienst der Partnerin ist zumal dann nicht vorstellbar, wenn der Mann nicht-erwerbstätig ist. Hier werden 58 vH des Haushaltsnettoeinkommens (in dem z.B. auch Vermögenseinkommen und Transfers enthalten sind) von der Frau getragen, egal ob sie voll- oder teilzeitbeschäftigt ist. Teilzeitarbeit ist in diesem Fall kein „Zuverdienst“, sondern zentrale Einkommensquelle für den Haushalt.

Insgesamt ist von 1990 bis 1994 die Bedeutung des Nettoerwerbseinkommens der Ehefrau, gemessen am gesamten durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen, um 6 vH-Punkte auf 46 vH gestiegen. Erstmals 1995 scheint dieser Anteil leicht abgenommen zu haben (minus 1 vH). Dies mag im Zusammenhang mit dem Wiederanstieg der Teilzeitarbeit (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) stehen. Durch den geringeren Stundenumfang der Erwerbsarbeit sinkt entsprechend auch das Erwerbseinkommen. Dies schlägt sich allerdings ausschließlich in den Paar-Haushalten, in denen beide Partner erwerbstätig sind, nieder. Nach wie vor ist die Bedeutung des Erwerbseinkommens von teilzeitbeschäftigten Frauen in diesen Haushalten in Ostdeutschland (1995: 31 vH) deutlich größer als in Westdeutschland (21 vH).

Tabelle 5

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Paar-Haushalten¹⁾ in vH

Von allen Paarhaushalten waren	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Beide Erwerbstätig	50	53	53	52	49	50	83	69	58	59	59	59
davon:												
— Partnerin in Vollzeit	21	21	21	22	19	21	60	56	47	46	45	43
— Partnerin in Teilzeit	29	32	31	30	30	29	22	13	11	13	14	17
Nur Mann erwerbstätig	43	41	41	40	41	39	14	21	26	24	25	26
darunter: Partnerin arbeitslos gemeldet	—	—	—	2	3	2	—	—	—	15	15	14
Nur Partnerin erwerbstätig	4	4	4	5	6	6	2	6	8	9	8	8
davon:												
— Partnerin in Vollzeit	2	3	3	3	4	3	2	5	7	8	7	6
— Partnerin in Teilzeit	2	1	1	2	2	3	1	1	1	1	1	2
Beide nicht-erwerbstätig	3	2	2	3	4	5	1	4	8	8	9	8
darunter: Partnerin arbeitslos gemeldet	—	—	—	0	1	1	—	—	—	5	6	4

¹⁾ Verheiratet im Haushalt zusammenlebend im Alter von 16 bis 59 Jahre — männlicher Partner.

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), 1990-1995.

Tabelle 6

Gewicht des Partnerinneneinkommens
Nettoerwerbseinkommen der Partnerin in vH vom gesamten Nettohaushaltseinkommen

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Insgesamt ¹⁾	32	32	32	33	32	33	40	42	44	46	46	45
Beide Vollzeitbeschäftigt	42	41	41	43	42	45	44	44	45	46	47	48
Mann Vollzeit — Frau Teilzeit	20	22	21	21	21	21	30	30	33	34	33	31
Mann nichterwerbstätig — Frau Vollzeit	69	61	70	65	71	68	55	52	56	59	61	58
Mann nichterwerbstätig — Frau Teilzeit	33	25	31	32	29	29	35	43	39	52	57	58

¹⁾ Verheiratete im Haushalt zusammenlebende Partner — Frau erwerbstätig.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), 1990-1995.

Mehr Singles

Die Individualisierung in Form einer längeren Existenz ohne Ehepartner und Kinder hat in Ostdeutschland an Bedeutung gewonnen (Tabelle 7). Zwar ist nach wie vor der Paar-Haushalt die vorherrschende Familienform (leichte Abnahme bei den Familien mit älteren Kindern), insbesondere die Single-Haushalte verzeichneten jedoch deutliche Zugewinne. In der Gruppe der 16- bis 55jährigen stieg der Anteil Alleinstehender-Haushalte seit der Vereinigung bei den Männern um 5 vH-Punkte auf 13 vH, bei den Frauen

um 2 vH-Punkte auf 5 vH. Hier ist eine Annäherung an westliche Muster zu erkennen.

Westdeutschland

**Anstieg der Erwerbsarbeit von Frauen —
Abnahme der Vollzeitwerbsarbeit**

Auch in Westdeutschland ist ein Anstieg der Bedeutung der Erwerbsarbeit von Frauen zu verzeichnen¹⁾. Im Vergleich zu Ostdeutschland finden die Entwicklungen (noch)

Tabelle 7

Familienformen erwerbsfähiger Personen¹⁾ in West- und Ostdeutschland
in vH

	Erwerbstätige und Nichterwerbstätige							
	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	1990	1995	1990	1995	1990	1995	1990	1995
Ein-Personen Haushalt	15	16	10	12	8	13	3	5
Paarhaushalt ohne Kinder	17	19	20	22	15	14	19	17
Alleinerziehender Haushalt	5	4	7	9	4	4	8	9
Paarhaushalt mit Kind(ern) jünger als 16 Jahre	34	37	37	38	44	44	46	46
Paarhaushalt mit Kind(ern) älter als 16 Jahre	25	19	20	16	22	19	18	18
Sonstige	5	5	5	5	7	6	6	5
	Nur Erwerbstätige							
Ein-Personen Haushalt	15	15	15	16	8	11	4	6
Paarhaushalt ohne Kinder	19	21	26	28	15	15	20	18
Alleinerziehender Haushalt	4	3	8	8	4	4	9	9
Paarhaushalt mit Kind(ern) jünger als 16 Jahre	36	40	28	30	46	46	44	44
Paarhaushalt mit Kind(ern) älter als 16 Jahre	22	16	19	14	21	18	18	18
Sonstige	4	4	5	5	7	6	6	6

¹⁾ Im Alter von 16 bis 55 Jahre.

Datenbasis: SOEP 1990, 1995.

auf einem niedrigeren Niveau und mit einem geringeren zeitlichen Erwerbsumfang statt. Im Frühjahr 1987 weist das SOEP einen Anteil der Frauen an der Zahl aller Beschäftigten von 39 vH aus, 1990 bereits 40 vH und 1995 erneut eine Zunahme auf 41 vH (Tabelle 2). Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Expansion von atypischen Beschäftigungsformen in den letzten Jahren zurückzuführen (unregelmäßige und geringfügige Tätigkeit).

Im Unterschied zu Ostdeutschland sind unter den Erwerbstätigen in Westdeutschland Männer häufiger sozialversicherungspflichtig beschäftigt als Frauen (1995: 70 vH Männer, 66 vH Frauen) (Tabelle 3). Insgesamt ist der Anteil sozialversicherungspflichtig (Vollzeit-) Beschäftigter rückläufig; bei den Frauen stärker als bei den Männern. Diese Entwicklung findet auf einem niedrigeren Niveau als in Ostdeutschland statt. Lediglich 45 vH aller erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland übten 1995 eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung aus (Ost: 66 vH). Dieser Anteil entspricht einem Rückgang gegenüber 1991 um 4 Prozentpunkte. Der Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen in Teilzeit blieb etwa konstant. 17 vH waren geringfügig und damit nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt (1991: 16 vH, Ost: 7 vH). Bei den Männern ist die geringfügige Beschäftigung seit 1991 um 3 vH-Punkte auf 8 vH (1995) gestiegen. Der Anstieg dieser Beschäftigungsformen kann auch als Versuch interpretiert werden, entstandene Realeinkommensverluste in den Arbeitnehmerhaushalten auszugleichen¹².

Teilzeitarbeit ist nach wie vor eine Beschäftigungsform, die fast ausschließlich von Frauen ausgeübt wird. Einerseits ermöglicht Teilzeitarbeit erst die Erwerbsbeteiligung und den Zuverdienst vieler Frauen durch die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, andererseits wird hierdurch die eigenständige soziale Sicherung kaum gewährleistet¹³. Die Ausübung einer geringfügigen Tätigkeit verschärft das Problem, wenn diese nicht als Zuverdienst (z.B. von Rentnern und Studenten), sondern als „Beruf“ ausgeübt wird. Für die eigenständige Sicherung der Frauen ist die Lage in Westdeutschland wesentlich unbefriedigender als in Ostdeutschland. Im Zuge hoher Scheidungsraten und sich verändernder Familienformen kann dies längerfristig zu erheblichen sozialen Problemen führen.

Dies macht auch Tabelle 7 deutlich. Sie weist zwar einen leichten Zuwachs an „vollständigen“ Familienhaushalten mit Kindern unter 16 Jahren aus, gleichzeitig hat aber eine drastische Abnahme der Paar-Haushalte mit älteren Kindern stattgefunden. Diese zuletzt genannte Veränderung wird nicht kompensiert durch den Anstieg der Ehepartner ohne Kinder, sondern muß im Zusammenhang mit dem Anstieg der Single- und Alleinerziehenden-Haushalte gesehen werden. 1995 lebten 16 vH der Männer (1990: 15 vH) und 12 vH der Frauen (1990: 10 vH) in Single-Haushalten sowie 4 vH der Männer (1990: 5 vH) und 9 vH der Frauen (1990: 7 vH) in Alleinerziehenden-Haushalten.

Alleinverdiener-Modell büßt an Bedeutung ein

Das klassische Modell des alleinverdienenden Ehemannes verliert in Westdeutschland allmählich an Bedeutung. 1990 war in 43 vH aller Haushalte nur der Mann erwerbstätig, dieser Anteil sank bis zum Jahr 1995 auf 39 vH (Tabelle 5).

Diese Entwicklung wird einerseits durch einen leichten Anstieg der (allerdings sehr kleinen) Gruppe von Haushalten mit alleinverdienenden Ehefrauen kompensiert. Ihr Anteil betrug 1990 noch 4 vH und stieg bis 1995 auf 6 vH. Weiterhin nahm auch die Zahl derjenigen Haushalte zu, in denen beide Partner nichterwerbstätig sind (1990: 3 vH, 1995: 5 vH). Hierin spiegelt sich vor allem die steigende Arbeitslosigkeit insbesondere der Männer in Westdeutschland wider. Nach wie vor sind in der Hälfte aller Paar-Haushalte beide Ehepartner erwerbstätig, auch der Anteil der voll- und teilzeitbeschäftigten Frauen blieb etwa gleich.

Die Erwerbsorientierung der Frauen in Westdeutschland nimmt stetig zu (Tabelle 4). Wollte 1990 noch etwa die Hälfte nicht mehr erwerbstätig werden, so war es 1995 nicht mal mehr ein Drittel (32 vH) der nichterwerbstätigen Frauen. Die große Zunahme der latenten Erwerbsbereitschaft („später“) (1990: 32 vH, 1995: 45 vH) ist als Anstieg der Stillen Reserve zu interpretieren.

Die großen Veränderungen in den Erwerbsmustern finden bei den Frauen jüngeren und mittleren Alters statt (Abbildung). Frauen, die sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben (sogenannte „Nur“-Hausfrauen), waren 1995 unter den 25- bis 29jährigen nur noch zu 7 vH (1991: 13 vH), unter den 30- bis 34jährigen nur noch zu 17 vH (1991: 22 vH) und unter den 35- bis 39jährigen nur noch zu 22 vH (1991: 33 vH) zu finden. Dies sind erhebliche Veränderungen für einen solch kurzen Zeitraum. In den anderen Altersgruppen blieb der Anteil in den vergangenen Jahren mehr oder weniger konstant.

¹¹ So stellte jüngst das Institut der deutschen Wirtschaft in seiner Arbeitsmarktprognose 1996 und mittelfristigen Perspektive fest, daß „der steigende Trend der Frauenerwerbsbeteiligung [sich] als ausgesprochen robust“ erweist. Bernd Hof, iw-trends, Jg. 23, Heft 1/96, S. 17. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht in Westdeutschland von einer „trendmäßig steigenden Erwerbsbeteiligung, vor allem der Frauen“ aus. Vgl. Autorengemeinschaft. In: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 29, Heft 1/96, S. 16.

¹² So lag die Pro-Kopf-Realeinkommenssteigerung in Westdeutschland zwischen Herbst 1990 und Frühjahr 1995 lediglich bei 3 vH; vgl. ausführlich: Löhne und Gehälter in Ost- und Westdeutschland gleichen sich an, Lohnstückkosten jedoch nicht. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/1996, S. 138 f. sowie zu den gestiegenen Abgabenbelastungen der Arbeitnehmer: Reale Nettolöhne in Westdeutschland 1995 kaum höher als 1980. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22-23/1996, S. 392.

¹³ Insgesamt führt die Teilzeitarbeit bekanntlich zu geringeren Karrierechancen durch das geringere Angebot qualifizierter Teilzeitzellen und eine geringere Verfügbarkeit am Arbeitsplatz.

Der Rückzug nichtbeschäftigter Männer vom Arbeitsmarkt seit 1990 wurde 1994 und 1995 zumindest unterbrochen (Tabelle 4). So wollten 1995 nur noch 14 vH (1993: 21 vH) gar nicht mehr erwerbstätig werden. Gleichzeitig ist ein markanter Anstieg des dringlichen Erwerbswunsches erkennbar: Sofort bzw. innerhalb der nächsten zwölf Monate wollten seit 1994 weit mehr als die Hälfte der nichtbeschäftigten Männer wieder eine Beschäftigung ausüben.

Während bei den Frauen ein genereller, sich aus unterschiedlichen Aspekten zusammensetzender Trend zur Erwerbsarbeit zu verzeichnen ist, mag bei den Männern in Westdeutschland die unsichere gesamtwirtschaftliche Lage für die jüngste verstärkte Erwerbsorientierung verantwortlich sein.

Ehefrauen tragen im Durchschnitt etwa ein Drittel zum Haushaltseinkommen bei

Die finanzielle Bedeutung der Erwerbsarbeit von Frauen in Paar-Haushalten blieb etwa konstant (Tabelle 6). Im Durchschnitt machten die Erwerbseinkommen der Ehefrauen etwa ein Drittel des Haushaltsnettoeinkommens aus. Die finanzielle Bedeutung des Vollerwerbs der Ehefrau scheint an Gewicht hinzuzugewinnen. Sie stellten 1995 45 vH (1990: 42 vH) des Gesamteinkommens in Paar-Haushalten, in denen beide Eheleute erwerbstätig waren. Im Unterschied zu Ostdeutschland dominierten in Westdeutschland Haushalte, in denen die Frauen einen Zuverdienst erbringen, also in Teilzeit arbeiten. Im Durchschnitt trugen die teilzeiterwerbstätigen Ehefrauen im Beobachtungszeitraum reichlich ein Fünftel zum gesamten durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen bei.

Resümee

Eine Milderung der Arbeitsmarktkrise aufgrund eines dauerhaften freiwilligen Rückzugs von Frauen in den Reproduktionsbereich ist — zumindest bis zum Frühjahr 1995 — weder in West- noch in Ostdeutschland zu erkennen. Trotz bereits längerfristig bestehender hoher Arbeitslosigkeit war ein Rückgang der Erwerbsorientierung bei den Frauen in beiden Teilen Deutschlands nicht zu verzeichnen. Die Erwerbsarbeit der Frau hat eine nach wie vor erhebliche Bedeutung. Der Rückgang der Erwerbstätigenquote von Frauen in Ostdeutschland, dies belegt auch die Konstanz der Frauenerwerbsquote, ist nicht auf den freiwilligen Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt, sondern auf ihre im Vergleich zu den Männern schlechteren (Wieder-) Beschäftigungschancen nach der deutschen Vereinigung zurückzuführen¹⁴. Eine leichte „Entmutigung“ scheint in Ostdeutschland bei den Männern, insbesondere bei Altersgruppen nahe der Verrentungsgrenze, stattzufinden. In Westdeutschland hat sowohl der Anteil der Frauen an der Zahl aller Beschäftigten als auch insbesondere der latente Erwerbswunsch nichterwerbstätiger Frauen bestän-

dig zugenommen. Dieses Erwerbspotential ist bei der Schätzung des Arbeitsangebots im Zuge der wirtschaftlichen Erholung zu berücksichtigen.

Die Beschäftigungsformen haben sich in den letzten Jahren bei den Frauen in Westdeutschland kontinuierlich, bei den Frauen in Ostdeutschland wieder zugunsten von Teilzeitarbeit verändert. Insbesondere die versicherungsfreie geringfügige Tätigkeit ist im Anstieg begriffen. In beiden Teilen Deutschlands nimmt der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ab.

Das Alleinverdiener-Modell verliert in Westdeutschland zunehmend an Bedeutung. In Teilzeit beschäftigte Ehefrauen tragen in den Paar-Haushalten seit Jahren reichlich ein Fünftel zum gesamten durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen (beide Partner erwerbstätig) bei, vollzeiterwerbstätige Ehefrauen zum letzten Befragungszeitpunkt im Jahre 1995 sogar 45 vH. Für Ehefrauen in Ostdeutschland ist Teilzeitarbeit zwar (wieder) im Anstieg begriffen, hat aber in diesen Haushalten bei weitem noch nicht das Niveau von 1990 erreicht. Zudem wird diese Beschäftigungsform — wie an anderer Stelle gezeigt¹⁵ — in erheblichem Umfang unfreiwillig im Sinne einer nicht zur Verfügung stehenden vorhandenen Vollzeittätigkeit ausgeübt. Die finanzielle Bedeutung der Erwerbsarbeit der Partnerin für den Haushalt liegt hier auf deutlich höherem Niveau (31 vH) als in Westdeutschland. Insgesamt dominiert (noch) nach wie vor das Modell zweier Hauptverdiener (mit einer steigenden Bedeutung des Vollzeiterwerbseinkommens der Ehefrau für den Haushalt).

Die fortschreitende Ablösung vom klassischen geschlechtsspezifischen Rollenmodell, das die Frau auf den Reproduktionsbereich beschränkte sowie der Wandel der Familienformen erfordert eine sozial gesicherte Erwerbsarbeit von Frauen als Voraussetzung für eine von Transfers sowie von abgeleiteten Ansprüchen unabhängige Existenz¹⁶.

Diesem muß der Arbeitsmarkt und das Ausbildungssystem Rechnung tragen. Modelle, die von einem freiwilligen Verzicht der Frauen auf Erwerbstätigkeit ausgehen, um so Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen, sind in Anbetracht der dargestellten Entwicklungen sozialpolitisch nicht tragfähig.

¹⁴ Vgl. beispielsweise Elke Holst und Jürgen Schupp: Zur Erwerbsorientierung von Frauen nach der deutschen Vereinigung. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995. Wie das DIW bereits in der Vergangenheit festgestellt hatte, wurden im Zuge der Vereinigung auch berufliche Aufstiege vor allem von Männern verwirklicht. Eine wichtige Funktion als Stabilisator der Beschäftigung von Frauen hat bislang der öffentliche Dienst übernommen. Vgl.: Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/95.

¹⁵ Vgl. hierzu Elke Holst und Jürgen Schupp 1994, a.a.O.

¹⁶ Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die (preiswerte) Möglichkeit der Kinderbetreuung.

Rußlands Auslandsverbindlichkeiten nach der langfristigen Umschuldung

Ist Rußland dauerhaft zahlungsfähig?

Im April 1996 hat Rußland mit dem Pariser Club, in dem die staatlichen Gläubiger organisiert sind, ein Abkommen über eine umfassende Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten abgeschlossen. Mit den Geschäftsbanken im Londoner Club wurden bereits im November vergangenen Jahres Grundsätze für eine umfassende Umstrukturierung der Verbindlichkeiten vereinbart. Kurzfristig ist von den Umschuldungsabkommen für Rußland ein erleichterter Zugang zu den internationalen Geld- und Kapitalmärkten und folglich eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen von Staat und Unternehmen zu erwarten. Für 1996 kann deshalb mit einer deutlichen Zunahme der Kapitalzuflüsse nach Rußland gerechnet werden. Langfristig bleibt es bei einer anhaltenden Einnahmeschwäche der öffentlichen Haushalte jedoch zweifelhaft, ob Rußland die nach der Jahrtausendwende steigenden Zahlungsverpflichtungen aus den Umschuldungsabkommen einlösen kann.

Die Auslandsverbindlichkeiten Rußlands betragen zum 1. Januar 1996 brutto 120,4 Mrd. US-\$. In dieser Summe sind 16,6 Mrd. US-\$ für die von Rußland anerkannten Schulden gegenüber den früheren RGW-Ländern enthalten. Nach der vollständigen Klärung der Rückzahlungsmodalitäten aus Transferrubelgeschäften¹ mit früheren RGW-Ländern könnte sich die Auslandsverschuldung um weitere 10 bis 12 Mrd. US-\$ auf reichlich 130 Mrd. US-\$ erhöhen².

Diese Auslandsverbindlichkeiten entsprechen zum laufenden Wechselkurs rund 35 vH des russischen Bruttosozialproduktes und rund 150 vH der Warenexporte im Jahre 1995. Gemessen an diesen Verschuldungsindikatoren ist Rußland im Vergleich zu anderen Entwicklungs- und Transformationsländern nur mäßig verschuldet. Beunruhigend ist weniger das Niveau als das schnelle Wachstum der russischen Verschuldung: Vom Jahresende 1985 bis zum Jahresende 1991 stiegen die Auslandsverbindlichkeiten der früheren Sowjetunion in konvertiblen Währungen von 28,3 Mrd. US-\$ auf 67,6 Mrd. US-\$, vom Jahresende 1991 bis zum Jahresanfang 1996 haben sich die Schulden mit einem Anstieg auf 120 Milliarden US-\$ noch einmal fast verdoppelt. Dieser Anstieg ist mit rund 18 Mrd. US-\$ nur zum kleineren Teil auf die Neuverschuldung der früheren Sowjetunion und Rußlands seit dem 1. Januar 1991 zurückzuführen. Der größere Teil entfällt auf die Kapitalisierung von Zinszahlungen und die Verbindlichkeiten gegenüber den früheren RGW-Ländern (vgl. Tabelle 1).

Struktur der Auslandsverschuldung

Die russischen Auslandsschulden setzten sich zum 1. Januar 1996 aus mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten von 87 Mrd. US-\$ und kurzfristigen Verbindlichkeiten von 16,8 Mrd. US-\$ zusammen. Hinzu kamen die anerkannten Verbindlichkeiten gegenüber den RGW-Ländern über 16,6 Mrd. US-\$. Von den gesamten Verbindlichkeiten werden 11,4 Mrd. US-\$ von den multilateralen Finanzinstitutio-

nen und 51,2 Mrd. US-\$ von staatlichen Kreditgebern³ gehalten. Die Kredite der Geschäftsbanken, Lieferantenkredite und überfällige Frachtraten erreichten ein Volumen von 39,2 Mrd. US-\$; für weitere 1,1 Mrd. US-\$ wurden russische Regierungsanleihen gezeichnet. Von regionalen Gebietskörperschaften wurden Kredite über rund 1 Mrd. US-\$ im Ausland aufgenommen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den früheren RGW-Staaten betragen Ende 1991 rund 19 Mrd. Transferrubel, von denen rund 7 Milliarden auf Polen, 6,3 Milliarden auf Deutschland sowie jeweils zwei Milliarden auf die ehemalige Tschechoslowakei und Ungarn entfielen⁴. Nach Angaben des russischen Finanzministeriums belief sich der Wert der Verbindlichkeiten gegenüber den früheren RGW-Staaten Ende 1994 auf 29 Mrd. US-\$ und Ende 1995 auf 28 Mrd. US-\$⁵. Für die Verbindlichkeiten aus Transferrubelgeschäften gegenüber den Gläubigern aus dem früheren RGW sind erst mit einem Teil der betroffenen Länder Abkommen über den Umtausch und die Zahlungsmodalitäten getroffen worden. Die Weltbank gibt die anerkannten Verbindlichkeiten gegenüber den RGW-Ländern mit 16,8 Mrd. US-\$ an. Nach Abschluß der Verhandlungen mit allen Gläubigern aus dem früheren RGW muß mit einem Anstieg der russischen Auslandsverbindlichkeiten um weitere 10 bis 12 Mrd. US-\$ gerechnet werden⁶.

¹ Transferrubel sind eine Verrechnungseinheit, mit der der Handel innerhalb des früheren RGW abgerechnet wurde.

² Mehr als drei Viertel der russischen Auslandsverschuldung gehen auf Verbindlichkeiten der früheren Sowjetunion zurück, für die Rußland die Haftung übernommen hat.

³ Ohne die Gläubiger aus den früheren RGW-Ländern.

⁴ Vgl. B.V. Christensen: The Russian Federation in Transition. External Developments. In: IMF, Occasional Papers 111, Washington, D.C., 1994.

⁵ Vgl. Russian Economic Trends, Monthly Update, 17. Mai 1996, S. 6.

⁶ Ein Teil der Schulden gegenüber den Handelspartnern des früheren RGW wird von Rußland mit Warenlieferungen — insbesondere Energie- und Waffenlieferungen — beglichen.

Tabelle 1

Auslandsverschuldung Rußlands in Mill. US-Dollar zum Jahresende

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1996 ¹⁾
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	21 396	23 328	29 736	30 988	35 742	48 017	54 972	64 891	73 108	80 054	87 000
davon: Offizielle Kredite ²⁾	369	408	1 386	1 915	2 252	7 453	11 127	12 648	27 134	36 248	59 400
davon: Kredite von multilateralen Kreditgebern	—	—	107	188	214	439	413	538	1 373	1 606	11 400
IWF	—	—	—	—	—	—	—	989	2 469	4 198	9 600
Weltbank	—	—	—	—	—	—	—	—	367	922	1 500
Sonstige	—	—	107	188	214	439	413	548	1 006	684	300
Kredite von staatlichen Kreditgebern	369	408	1 278	1 727	2 038	7 014	10 714	12 110	25 761	34 642	48 000 ³⁾
Private Kredite mit öffentlichen Garantien	21 028	22 920	28 350	29 073	33 490	40 564	43 846	52 243	45 974	43 806	26 400 ⁴⁾
davon: Regierungsanleihen	—	—	—	347	1 483	2 005	1 976	1 853	1 740	1 889	1 100
Kredite von Geschäftsbanken	11 914	13 257	14 792	15 605	18 205	18 830	17 151	17 978	15 261	15 602	21 700
Lieferantenkredite	6 218	5 549	8 069	6 830	3 728	7 057	7 116	7 673	5 772	4 692	3 600
Sonstige Privatkredite	2 896	4 115	5 489	6 291	10 074	12 673	17 602	24 738	23 202	21 623	k.A.
Private Kredite ohne öffentliche Garantien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200
Kredite regionaler Gebietskörperschaften	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 000 ⁵⁾
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6 900	7 400	8 600	11 200	18 200	11 800	12 618	13 112	8 312	9 981	16 800
darunter: Überfällige Zinszahlungen	—	—	—	—	500	4 500	4 818	4 412	2 912	5 281	16 600
auf mittel- und langfristige Kredite	—	—	—	—	—	—	—	509	692	1 186	3 200
davon: gegenüber offiziellen Kreditgebern	—	—	—	—	500	4 500	4 818	3 903	2 219	4 095	13 400
gegenüber privaten Kreditgebern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Anerkannte Verbindlichkeiten gegenüber ehem. RGW-Ländern ⁶⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16 600 ⁵⁾
Gesamter Schuldenbestand	28 296	30 728	38 336	42 188	53 942	59 817	67 590	78 992	83 888	94 232	120 400
<i>nachrichtlich:</i> Zahlungsrückstände	—	—	—	—	500	4 500	4 976	11 027	10 043	19 468	...
davon: Überfällige Tilgungszahlungen auf mittel- und langfristige Kredite	—	—	—	—	—	—	158	6 615	7 131	14 187	...
davon: Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	4	283	368	989	...
Private Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	153	6 332	6 762	13 197	...
davon: Überfällige Zinszahlungen auf mittel- und langfristige Kredite	—	—	—	—	500	4 500	4 818	4 412	2 912	5 281	...
davon: Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	0	0	0	509	692	1 186	...
Private Kreditgeber	—	—	—	—	500	4 500	4 818	3 903	2 219	4 095	...
Umschuldungsvereinbarungen	—	—	—	—	—	—	—	—	14 498	7 999	...
davon: Tilgungszahlungen	—	—	—	—	—	—	—	—	9 227	5 312	...
davon: Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	268	334	...
Private Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	8 960	4 978	...
Zinszahlungen	—	—	—	—	—	—	—	—	4 334	2 234	...
davon: Offizielle Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	391	753	...
Private Kreditgeber	—	—	—	—	—	—	—	—	3 943	1 480	...
Exportkredite	—	—	—	—	—	—	—	4 638	11 643	—	...

Abweichungen in den Summen durch Runden der Werte. — ¹⁾ Zum 1.1.1996; nach vorläufigen Angaben der Weltbank; Werte gerundet. — ²⁾ Staatliche Kredite und Kredite multilateraler Finanzorganisationen. — ³⁾ Gegenüber dem Pariser Club. — ⁴⁾ Verbindlichkeiten gegenüber dem Londoner Club, Regierungsanleihen, Lieferantenkredite. — ⁵⁾ Vorläufige Schätzung. — ⁶⁾ Umfaßt nur einen Teil der Verbindlichkeiten gegenüber den ehem. RGW-Ländern.

Quellen: Weltbank: World Debt Tables 1995-96, Washington, D.C., 1995; Weltbank: World Debt Tables 1994-95, Washington, D.C., 1994; unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Weltbank; Berechnungen des DIW.

Deutschland größter Gläubiger

Deutschland ist mit einem Anteil von 40 bis 45 vH an den Auslandsverbindlichkeiten der größte Gläubiger Rußlands. Seit dem Zerfall der Sowjetunion wurden von Deutschland Kredite über 18 Mrd. DM an Rußland vergeben⁷. In der instabilen Situation des Jahres 1991 hat Deutschland als einziger bilateraler Geber Kredite in größerem Umfang an die Sowjetunion ausgezahlt. Das Gesamtvolumen der staatlichen Kredite und der mit Hermes-Bürgschaften abgesicherten privaten Kredite betrug Ende 1995 knapp 50 Mrd. DM, darunter entfielen allein auf die Hermes-Bürgschaften 36 bis 38 Mrd. DM. Nach Informationen aus russischen Quellen beliefen sich die nicht durch Hermes-Bürgschaften abgesicherten Kredite der deutschen Geschäftsbanken Ende 1995 auf etwa 11 bis 12 Mrd. DM⁸. Das Volumen der unbesicherten Lieferantenkredite kann auf 1,5 bis 2 Mrd. DM, die Beteiligung deutscher Anleger an den internationalen Anleihen Rußlands auf 0,5 bis 1 Mrd. DM geschätzt werden. Das Gesamtvolumen der deutschen Forderungen gegenüber Rußland erreichte also zum Jahresende 1995 eine Größenordnung von 63 bis 65 Mrd. DM⁹. Hinzu kommen noch Verbindlichkeiten Rußlands aus Transferrubelgeschäften mit der ehemaligen DDR von 6,3 Mrd. Transferrubel. Nach Vereinbarungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung muß auf diese Verbindlichkeiten bis zum Jahr 2002 kein Schuldendienst geleistet werden. Der Umtauschkurs und die Zahlungsmodalitäten für die Transferrubel-Verbindlichkeiten sind noch offen.

1996 wurden bislang mit Rußland neue Kredite über 5,1 Mrd. DM vereinbart, hinzu werden weitere private Kredite und neue Forderungen aus der Kapitalisierung von Zinszahlungen kommen. Zum Jahresende 1996 dürften die deutschen Forderungen gegenüber Rußland 70 bis 75 Mrd. DM erreichen, von denen der größere Teil durch staatliche Bürgschaften abgesichert ist oder auf staatliche Kredite entfällt.

Forderungen Rußlands

Den russischen Verbindlichkeiten stehen Forderungen an das Ausland in erheblichem Umfang gegenüber. Die Forderungen Rußlands in konvertiblen Währungen beliefen sich nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf 11,2 Mrd. US-\$¹⁰. Der überwiegende Teil der Auslandsforderungen setzt sich aus Warenkrediten der früheren Sowjetunion zusammen, die in Valutarubel¹¹ ausgewiesen sind. Bei der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 betrug diese Forderungen rund 100 Mrd. Valutarubel. Nach dem offiziellen Umtauschkurs der russischen Zentralbank hätte sich das Gesamtvolumen dieser Forderungen 1994 auf rund 166 Mrd. US-\$ belaufen¹². Bislang konnte jedoch erst mit wenigen Schuldnerländern ein Abkommen über den Umtauschkurs der Valutarubel und die Zahlungsmodalitäten vereinbart werden. Hinzu kommt, daß die meisten der Schuldnerländer entweder nicht zahl-

lungsfähig oder nicht zahlungsbereit sind: Die eine Hälfte der Forderungen in Valutarubel entfällt auf die weniger entwickelten Länder des früheren RGW, insbesondere Kuba, die Mongolei und Vietnam, die andere Hälfte auf sonstige Entwicklungsländer, insbesondere Äthiopien, Afghanistan, Indien, Irak, Nikaragua und Syrien. Die Mehrzahl dieser Länder bedient die Schulden nicht und ist aufgrund von Zahlungsbilanzproblemen auch auf absehbare Zeit nicht in der Lage, den Schuldendienst zu leisten. Rußland strebt die Mitgliedschaft im Pariser Club an, um seine Forderungen durchzusetzen.

Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club

Der größere Teil der russischen Auslandsverbindlichkeiten entfällt auf die im Pariser Club zusammengeschlossenen staatlichen Gläubiger, die auch die Interessen von privaten Kreditgebern wahrnehmen, sofern sie durch öffentliche Bürgschaften abgesichert sind. Die Forderungen des Pariser Clubs betragen zum Jahresende 1995 knapp 74 Mrd. US-\$, wobei nach der Methodik des Pariser Clubs in dieser Summe die Zinsen bis zum Ende der Laufzeiten enthalten sind. Nach der Methodik der Weltbank — also ohne Berücksichtigung der Zinsen bis zum Ende der Laufzeiten — beliefen sich die Schulden Rußlands gegenüber den staatlichen Gläubigern¹³ zum 1. Januar 1996 auf 51,2 Mrd. US-\$¹⁴.

Der Pariser Club hat mit Rußland von 1993 bis 1995 drei Umschuldungsabkommen abgeschlossen und im April dieses Jahres eine umfassende Umstrukturierung der Auslandsverbindlichkeiten vereinbart, die einen abschließenden Charakter haben soll. Die Voraussetzung für die Umschuldung bildete die Klärung der Haftung für die Auslandsverbindlichkeiten der früheren Sowjetunion. Nachdem sich die von der GUS 1992 vereinbarte Haftung für die

⁷ Vgl. Handelsblatt vom 12. März 1996, S. 10.

⁸ Die Geschäftsbanken machen aus Wettbewerbsgründen keine Angaben über den Umfang ihrer ausstehenden Forderungen.

⁹ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Integration in die Weltwirtschaft. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1996, S. 54 f. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 265/1996, und IWH Forschungsreihe 4/95 veröffentlicht.

¹⁰ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): Entwicklung des Internationalen Bankgeschäfts und der Internationalen Finanzmärkte, Basel 1996.

¹¹ Die in Valutarubel ausgewiesenen Forderungen der Sowjetunion wurden von der Zentralbank an einen Kurs von sechs konvertiblen Währungen gebunden.

¹² Vgl. Rossijskije Vesti vom 20. September 1994.

¹³ Ohne die Länder des ehemaligen RGW.

¹⁴ In dieser Summe sind die Verbindlichkeiten gegenüber den multilateralen Finanzorganisationen nicht enthalten. Ein kleiner Teil dieser Verbindlichkeiten kann auf staatliche Gläubiger, die nicht Mitglied im Pariser Club sind, entfallen.

Altschulden der Sowjetunion als nicht tragfähig erwiesen hatte, übernahm die russische Regierung im Rahmen des ersten Umschuldungsabkommens mit dem Pariser Club durch eine Erklärung vom 2. April 1993 die alleinige Haftung für alle Auslandsverbindlichkeiten der Sowjetunion vor dem 28. Oktober 1991¹⁵. Im Gegenzug stimmten die Gläubiger des Pariser Clubs einer Umschuldung der jährlich fälligen Zins- und Tilgungszahlungen zu. Die seit der Auflösung der Sowjetunion von Rußland eingegangenen Verbindlichkeiten sind nicht Gegenstand dieser Umschuldungsabkommen, weil für sie der Schuldendienst pünktlich geleistet wurde. Die in den Umschuldungsabkommen vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen wurden von

Rußland zwar grundsätzlich geleistet, allerdings mußten in der Regel bereits im folgenden Jahr die gerade vereinbarten Zahlungsverpflichtungen erneut umgeschuldet werden. Nach Angaben der Weltbank wurden 1992 bei Fälligkeiten von 7,8 Mrd. US-\$ Zahlungen von 1,3 Mrd. US-\$, 1993 bei Fälligkeiten von 16,4 Mrd. US-\$ Zahlungen von 2,3 Mrd. US-\$ und 1994 bei Fälligkeiten von 20,6 Mrd. US-\$ Zahlungen von 3,7 Mrd. US-\$ geleistet (vgl. Tabelle 2)¹⁶.

¹⁵ Erklärung der Regierung der Russischen Föderation, Paris, 2. April 1993.

¹⁶ The World Bank: World Debt Tables 1995-96, Washington, D.C., 1995.

Tabelle 2

Ausgezählte Kredite und Schuldendienst in Mill. US-Dollar zum Jahresende

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Auszahlungen auf langfristige Kredite	4 700	5 521	10 599	8 583	10 071	16 978	13 393	12 600	4 936	2 278
davon: Offizielle Kredite	40	5	937	640	413	4 876	3 966	1 997	1 154	876
davon: Multilaterale Kreditgeber	0	0	97	94	21	201	3	181	1006	392
Bilaterale Kreditgeber	40	5	840	546	392	4 675	3 962	1 816	148	484
Private Kredite mit öffentlichen Bürgschaften	4 660	5 516	9 662	7 943	9 658	12 103	9 428	10 603	3 782	1 402
davon: Anleihen	0	0	0	354	1028	310	0	0	0	0
Geschäftsbanken	3 443	4 126	6 058	4 826	3 924	506	580	1 601	102	0
Lieferantenkredite	700	455	2559	838	486	8 131	2 198	32	22	12
Sonstige	517	935	1 045	1 925	4 221	3 155	6 649	8 970	3 658	1 390
Private Kredite ohne öffentliche Bürgschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
IWF-Fazilitäten	0	0	0	0	0	0	0	1 013	1 506	1 544
Nettoauszahlungen auf kurzfristige Kredite	6 900	500	1 200	2 600	6 500	-10 400	500	900	-600	-500
Fälliger Schuldendienst	-4 650	-7 186	-7 895	-7 407	-7 605	-14 584	-12 912	-7 763	-16 394	-20 632
Nettoauszahlungen aus fälligen Schulden	6 950	-1 165	3 904	3 776	8 966	-8 006	981	6 750	-10 552	-17 310
Geleisteter Schuldendienst	-5 465	-7 890	-8 753	-8 257	-9 106	-11 825	-13 495	-1 305	-2 331	-3 661
davon: Tilgungszahlungen	-3 110	-5 536	-6 181	-5 411	-5 501	-7 942	-9 392	-948	-1 558	-2 277
davon: Offizielle Kredite	-14	-24	-37	-51	-115	-181	-150	-152	-166	-262
Private Kredite mit öffentlichen Bürgschaften	-3 096	-5 512	-6 143	-5 360	-5 386	-7 761	-9 242	-796	-1 392	-2 015
Private Kredite ohne öffentliche Bürgschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zinszahlungen	-2 355	-2 354	-2 572	-2 845	-3 605	-3 884	-4 103	-357	-773	-1 383
davon: auf langfristige Kredite	-1 540	-1 649	-1 714	-1 995	-2 104	-2 642	-3 044	-357	-681	-1 208
davon: Offizielle Kredite	-17	-26	-30	-58	-87	-116	-363	-59	-65	-492
Private Kredite mit öffentlichen Bürgschaften	-1 523	-1 623	-1 684	-1 937	-2 017	-2 526	-2 681	-298	-616	-716
Private Kredite ohne öffentliche Bürgschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
auf IWF-Fazilitäten	0	0	0	0	0	0	0	0	-78	-175
auf kurzfristige Kredite	-815	-705	-858	-850	-1 501	-1 242	-1 058	0	-14	0
Nettoauszahlungen aus Schulden	6 136	-1 870	3 046	2 926	7 465	-5 247	398	13 207	3 511	-339

Abweichungen in den Summen durch Runden der Werte.

Quellen: Weltbank: World Debt Tables 1995-96, Washington, D.C., 1995; Weltbank: World Debt Tables 1994-95, Washington, D.C., 1994; Berechnungen des DIW.

Deutschland größter Gläubiger

Deutschland ist mit einem Anteil von 40 bis 45 vH an den Auslandsverbindlichkeiten der größte Gläubiger Rußlands. Seit dem Zerfall der Sowjetunion wurden von Deutschland Kredite über 18 Mrd. DM an Rußland vergeben⁷. In der instabilen Situation des Jahres 1991 hat Deutschland als einziger bilateraler Geber Kredite in größerem Umfang an die Sowjetunion ausgezahlt. Das Gesamtvolumen der staatlichen Kredite und der mit Hermes-Bürgschaften abgesicherten privaten Kredite betrug Ende 1995 knapp 50 Mrd. DM, darunter entfielen allein auf die Hermes-Bürgschaften 36 bis 38 Mrd. DM. Nach Informationen aus russischen Quellen beliefen sich die nicht durch Hermes-Bürgschaften abgesicherten Kredite der deutschen Geschäftsbanken Ende 1995 auf etwa 11 bis 12 Mrd. DM⁸. Das Volumen der unbesicherten Lieferantenkredite kann auf 1,5 bis 2 Mrd. DM, die Beteiligung deutscher Anleger an den internationalen Anleihen Rußlands auf 0,5 bis 1 Mrd. DM geschätzt werden. Das Gesamtvolumen der deutschen Forderungen gegenüber Rußland erreichte also zum Jahresende 1995 eine Größenordnung von 63 bis 65 Mrd. DM⁹. Hinzu kommen noch Verbindlichkeiten Rußlands aus Transferrubelgeschäften mit der ehemaligen DDR von 6,3 Mrd. Transferrubel. Nach Vereinbarungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung muß auf diese Verbindlichkeiten bis zum Jahr 2002 kein Schuldendienst geleistet werden. Der Umtauschkurs und die Zahlungsmodalitäten für die Transferrubel-Verbindlichkeiten sind noch offen.

1996 wurden bislang mit Rußland neue Kredite über 5,1 Mrd. DM vereinbart, hinzu werden weitere private Kredite und neue Forderungen aus der Kapitalisierung von Zinszahlungen kommen. Zum Jahresende 1996 dürften die deutschen Forderungen gegenüber Rußland 70 bis 75 Mrd. DM erreichen, von denen der größere Teil durch staatliche Bürgschaften abgesichert ist oder auf staatliche Kredite entfällt.

Forderungen Rußlands

Den russischen Verbindlichkeiten stehen Forderungen an das Ausland in erheblichem Umfang gegenüber. Die Forderungen Rußlands in konvertiblen Währungen beliefen sich nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf 11,2 Mrd. US-\$¹⁰. Der überwiegende Teil der Auslandsforderungen setzt sich aus Warenkrediten der früheren Sowjetunion zusammen, die in Valutarubel¹¹ ausgewiesen sind. Bei der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 betragen diese Forderungen rund 100 Mrd. Valutarubel. Nach dem offiziellen Umtauschkurs der russischen Zentralbank hätte sich das Gesamtvolumen dieser Forderungen 1994 auf rund 166 Mrd. US-\$ belaufen¹². Bislang konnte jedoch erst mit wenigen Schuldnerländern ein Abkommen über den Umtauschkurs der Valutarubel und die Zahlungsmodalitäten vereinbart werden. Hinzu kommt, daß die meisten der Schuldnerländer entweder nicht zah-

lungsfähig oder nicht zahlungsbereit sind: Die eine Hälfte der Forderungen in Valutarubel entfällt auf die weniger entwickelten Länder des früheren RGW, insbesondere Kuba, die Mongolei und Vietnam, die andere Hälfte auf sonstige Entwicklungsländer, insbesondere Äthiopien, Afghanistan, Indien, Irak, Nikaragua und Syrien. Die Mehrzahl dieser Länder bedient die Schulden nicht und ist aufgrund von Zahlungsbilanzproblemen auch auf absehbare Zeit nicht in der Lage, den Schuldendienst zu leisten. Rußland strebt die Mitgliedschaft im Pariser Club an, um seine Forderungen durchzusetzen.

Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club

Der größere Teil der russischen Auslandsverbindlichkeiten entfällt auf die im Pariser Club zusammengeschlossenen staatlichen Gläubiger, die auch die Interessen von privaten Kreditgebern wahrnehmen, sofern sie durch öffentliche Bürgschaften abgesichert sind. Die Forderungen des Pariser Clubs betragen zum Jahresende 1995 knapp 74 Mrd. US-\$, wobei nach der Methodik des Pariser Clubs in dieser Summe die Zinsen bis zum Ende der Laufzeiten enthalten sind. Nach der Methodik der Weltbank — also ohne Berücksichtigung der Zinsen bis zum Ende der Laufzeiten — beliefen sich die Schulden Rußlands gegenüber den staatlichen Gläubigern¹³ zum 1. Januar 1996 auf 51,2 Mrd. US-\$¹⁴.

Der Pariser Club hat mit Rußland von 1993 bis 1995 drei Umschuldungsabkommen abgeschlossen und im April dieses Jahres eine umfassende Umstrukturierung der Auslandsverbindlichkeiten vereinbart, die einen abschließenden Charakter haben soll. Die Voraussetzung für die Umschuldung bildete die Klärung der Haftung für die Auslandsverbindlichkeiten der früheren Sowjetunion. Nachdem sich die von der GUS 1992 vereinbarte Haftung für die

⁷ Vgl. Handelsblatt vom 12. März 1996, S. 10.

⁸ Die Geschäftsbanken machen aus Wettbewerbsgründen keine Angaben über den Umfang ihrer ausstehenden Forderungen.

⁹ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Integration in die Weltwirtschaft. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1996, S. 54 f. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 265/1996, und IWH Forschungsreihe 4/95 veröffentlicht.

¹⁰ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): Entwicklung des Internationalen Bankgeschäfts und der Internationalen Finanzmärkte, Basel 1996.

¹¹ Die in Valutarubel ausgewiesenen Forderungen der Sowjetunion wurden von der Zentralbank an einen Kurs von sechs konvertiblen Währungen gebunden.

¹² Vgl. Rossijskije Vesti vom 20. September 1994.

¹³ Ohne die Länder des ehemaligen RGW.

¹⁴ In dieser Summe sind die Verbindlichkeiten gegenüber den multilateralen Finanzorganisationen nicht enthalten. Ein kleiner Teil dieser Verbindlichkeiten kann auf staatliche Gläubiger, die nicht Mitglied im Pariser Club sind, entfallen.

Altschulden der Sowjetunion als nicht tragfähig erwiesen hatte, übernahm die russische Regierung im Rahmen des ersten Umschuldungsabkommens mit dem Pariser Club durch eine Erklärung vom 2. April 1993 die alleinige Haftung für alle Auslandsverbindlichkeiten der Sowjetunion vor dem 28. Oktober 1991¹⁵. Im Gegenzug stimmten die Gläubiger des Pariser Clubs einer Umschuldung der jährlich fälligen Zins- und Tilgungszahlungen zu. Die seit der Auflösung der Sowjetunion von Rußland eingegangenen Verbindlichkeiten sind nicht Gegenstand dieser Umschuldungsabkommen, weil für sie der Schuldendienst pünktlich geleistet wurde. Die in den Umschuldungsabkommen vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen wurden von

Rußland zwar grundsätzlich geleistet, allerdings mußten in der Regel bereits im folgenden Jahr die gerade vereinbarten Zahlungsverpflichtungen erneut umgeschuldet werden. Nach Angaben der Weltbank wurden 1992 bei Fälligkeiten von 7,8 Mrd. US-\$ Zahlungen von 1,3 Mrd. US-\$, 1993 bei Fälligkeiten von 16,4 Mrd. US-\$ Zahlungen von 2,3 Mrd. US-\$ und 1994 bei Fälligkeiten von 20,6 Mrd. US-\$ Zahlungen von 3,7 Mrd. US-\$ geleistet (vgl. Tabelle 2)¹⁶.

¹⁵ Erklärung der Regierung der Russischen Föderation, Paris, 2. April 1993.

¹⁶ The World Bank: World Debt Tables 1995-96, Washington, D.C., 1995.

Tabelle 2

Ausgezählte Kredite und Schuldendienst in Mill. US-Dollar zum Jahresende

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Auszahlungen auf langfristige Kredite	4 700	5 521	10 599	8 583	10 071	16 978	13 393	12 600	4 936	2 278
davon: Offizielle Kredite	40	5	937	640	413	4 876	3 966	1 997	1 154	876
davon: Multilaterale Kreditgeber	0	0	97	94	21	201	3	181	1006	392
Bilaterale Kreditgeber	40	5	840	546	392	4 675	3 962	1 816	148	484
Private Kredite mit öffentlichen Bürgschaften	4 660	5 516	9 662	7 943	9 658	12 103	9 428	10 603	3 782	1 402
davon: Anleihen	0	0	0	354	1028	310	0	0	0	0
Geschäftsbanken	3 443	4 126	6 058	4 826	3 924	506	580	1 601	102	0
Lieferantenkredite	700	455	2559	838	486	8 131	2 198	32	22	12
Sonstige	517	935	1 045	1 925	4 221	3 155	6 649	8 970	3 658	1 390
Private Kredite ohne öffentliche Bürgschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
IWF-Fazilitäten	0	0	0	0	0	0	0	1 013	1 506	1 544
Nettoauszahlungen auf kurzfristige Kredite	6 900	500	1 200	2 600	6 500	-10 400	500	900	-600	-500
Fälliger Schuldendienst	-4 650	-7 186	-7 895	-7 407	-7 605	-14 584	-12 912	-7 763	-16 394	-20 632
Nettoauszahlungen aus fälligen Schulden	6 950	-1 165	3 904	3 776	8 966	-8 006	981	6 750	-10 552	-17 310
Geleisteter Schuldendienst	-5 465	-7 890	-8 753	-8 257	-9 106	-11 825	-13 495	-1 305	-2 331	-3 661
davon: Tilgungszahlungen	-3 110	-5 536	-6 181	-5 411	-5 501	-7 942	-9 392	-948	-1 558	-2 277
davon: Offizielle Kredite	-14	-24	-37	-51	-115	-181	-150	-152	-166	-262
Private Kredite mit öffentlichen Bürgschaften	-3 096	-5 512	-6 143	-5 360	-5 386	-7 761	-9 242	-796	-1 392	-2 015
Private Kredite ohne öffentliche Bürgschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zinszahlungen	-2 355	-2 354	-2 572	-2 845	-3 605	-3 884	-4 103	-357	-773	-1 383
davon: auf langfristige Kredite	-1 540	-1 649	-1 714	-1 995	-2 104	-2 642	-3 044	-357	-681	-1 208
davon: Offizielle Kredite	-17	-26	-30	-58	-87	-116	-363	-59	-65	-492
Private Kredite mit öffentlichen Bürgschaften	-1 523	-1 623	-1 684	-1 937	-2 017	-2 526	-2 681	-298	-616	-716
Private Kredite ohne öffentliche Bürgschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
auf IWF-Fazilitäten	0	0	0	0	0	0	0	0	-78	-175
auf kurzfristige Kredite	-815	-705	-858	-850	-1 501	-1 242	-1 058	0	-14	0
Nettoauszahlungen aus Schulden	6 136	-1 870	3 046	2 926	7 465	-5 247	398	13 207	3 511	-339

Abweichungen in den Summen durch Runden der Werte.

Quellen: Weltbank: World Debt Tables 1995-96, Washington, D.C., 1995; Weltbank: World Debt Tables 1994-95, Washington, D.C., 1994; Berechnungen des DIW.

Für 1995 kann der Schuldendienst bei fälligen Zins- und Tilgungszahlungen von reichlich 20,3 Mrd. US-\$ auf 6,5 bis 7 Mrd. US-\$ geschätzt werden¹⁷.

Im ersten Abkommen mit dem Pariser Club vom 2. April 1993 wurden rund 15 Mrd. US-\$, die bis zum 31. Dezember 1995 fällig geworden wären, umgeschuldet. Dabei wurden für die Tilgung der Kredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr, die vor dem 1. Januar 1991 abgeschlossen wurden, sechs Freijahre vereinbart und für die nach 1991 abgeschlossenen Kredite sowie die kurzfristigen Verbindlichkeiten ein Zahlungsaufschub gewährt. Darüber hinaus wurden 60 vH der fälligen Zinszahlungen kapitalisiert, so daß sich für 1993 die fälligen russischen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Gläubigern des Pariser Clubs auf 1,95 Mrd. US-\$ reduzierten.

In dem zweiten Abkommen mit dem Pariser Club wurden 1994 fällige Verbindlichkeiten über 7,1 Mrd. US-\$ umgeschuldet, wobei für die Tilgung der mittel- und langfristigen Kredite drei Freijahre vereinbart und 40 vH der fälligen Zinszahlungen kapitalisiert wurden. Von der Zinskapitalisierung waren auch die im Rahmen des ersten Abkommens vereinbarten Zinszahlungen betroffen. Die Zahlungsverpflichtungen Rußlands reduzierten sich durch dieses Abkommen auf 3 Mrd. US-\$.

In dem dritten Abkommen mit dem Pariser Club wurden schließlich 6,4 Mrd. US-\$ der 1995 fälligen Zahlungsverpflichtungen umgeschuldet, wobei für die Tilgungszahlungen der Kredite mit einer Laufzeit über ein Jahr drei Freijahre vereinbart wurden. Darüber hinaus wurden 40 vH der 1995 fälligen Zinszahlungen aus dem ersten und ein Drittel der Zinszahlungen aus dem zweiten Abkommen mit dem Pariser Club kapitalisiert. Die 1995 fälligen Zahlungsverpflichtungen an die Gläubiger des Pariser Clubs reduzierten sich durch dieses Abkommen auf 3,9 Mrd. US-\$¹⁸.

Der deutsche Anteil an dem Umschuldungsvolumen belief sich im ersten Abkommen auf etwa 35 vH, im zweiten Abkommen auf 38 vH und im dritten Abkommen auf 50 vH. Die Höhe der Zinsen auf Zahlungsrückstände wurde in bilateralen Abkommen geregelt. Im deutschen Fall orientierten sich die vereinbarten Zinsen an den Sätzen für Bundesanleihen gleicher Laufzeit (vgl. Übersicht).

Die russische Seite hatte schon in den ersten Verhandlungen mit dem Pariser Club auf eine umfassende Umstrukturierung der Auslandsverbindlichkeiten gedrungen. Im Vorfeld der russischen Präsidentschaftswahlen wurde am 29. April 1996 mit dem Pariser Club ein Abkommen erreicht, das eine langfristige Umschuldung des 1996 bis 1998 fälligen Schuldendienstes und eine erneute Umstrukturierung der Zahlungsverpflichtungen aus den ersten drei Umschuldungsabkommen vorsieht. Der von 1999 an fällige Schuldendienst soll demnach pünktlich bedient werden. Für die Tilgungszahlungen wurde ein Rückzahlungszeitraum für den überwiegenden Teil der Kredite von 20 Jahren, für einen kleinen Teil ein Zeitraum von 25 Jahren, mit graduell steigenden Annuitäten bei

jeweils sechs Freijahren vereinbart. Anders als in den vorhergehenden Abkommen wurde auf eine Kapitalisierung von Zinszahlungen weitgehend verzichtet, um eine weitere Zunahme der Auslandsverschuldung zu vermeiden. Für die Zins- und Tilgungszahlungen aus den ersten drei Umschuldungsabkommen wurde ein neues Zahlungsprofil festgelegt, von dem auch Fälligkeiten von 1998 an betroffen sind. Die Zahlungsverpflichtungen aus den kapitalisierten Zinsen müssen jedoch bedient werden. Das Umschuldungsabkommen umfaßt russische Verbindlichkeiten in Höhe von 40,2 Mrd. US-\$, von denen rund 30 Mrd. US-\$ auf die Verbindlichkeiten aus den ersten drei Umschuldungsabkommen und rund 10 Mrd. US-\$ auf die fälligen Verbindlichkeiten in den Jahren 1996 bis 1998 entfallen. Der deutsche Anteil an den betroffenen Verbindlichkeiten beträgt 46 vH¹⁹.

Das Abkommen stellt einen Kompromiß zwischen den russischen Forderungen und den Vorstellungen der Gläubigervertreter dar. Die russische Seite hatte in den Verhandlungen eine Streckung der Tilgungszahlungen auf 25 Jahre bei fünf bis sieben Freijahren mit einem zum Laufzeitende steigenden Zahlungsprofil sowie eine Kapitalisierung der Moratoriumszinsen angestrebt²⁰. Die staatlichen Gläubiger des Pariser Clubs wollten demgegenüber eine Rückzahlung der Kredite in 15 bis 20 Jahren, ein schneller steigendes Zahlungsprofil und die Zahlung der in den bisherigen Umschuldungsabkommen vereinbarten Zinsen erreichen.

Eine Schlüsselrolle bei den Umschuldungsvereinbarungen nimmt der Internationale Währungsfonds (IWF) ein. Am 27. März 1996 hatte der IWF einen Kredit über 10,1 Mrd. US-\$ aus der „Erweiterten Fonds-Fazilität“ (Extended Fund Facility) mit einem Auszahlungszeitraum über drei Jahre bewilligt, der an umfassende Auflagen im Hinblick auf die makroökonomische Stabilisierung und strukturelle Reformen gebunden ist. Unter anderem sollen die Haushaltsdefizite 1996 auf 4 vH des BIP beschränkt sowie 1997 und 1998 um jeweils einen Prozent-Punkt gesenkt, die monatliche Inflationsrate auf 1 vH verringert und strukturelle Reformen im Banken- und Agrarsektor sowie bei der

¹⁷ Der Internationale Währungsfonds schätzte den zu leistenden Schuldendienst nach den Umschuldungsabkommen für 1995 auf etwa 6,6 bis 6,7 Mrd. US-\$. Nach der russischen Zahlungsbilanz wurden 1995, bei fälligen Zins- und Tilgungszahlungen in Höhe von 20,3 Mrd. US-\$, 12,1 Mrd. US-\$ umgeschuldet und Zahlungsverpflichtungen über weitere 1,1 Mrd. US-\$ nicht erfüllt. *Platežnyj Balans Rossijskoj Federacii za 1995 god.* In: *Ekonomika i Žizn'*, Nr. 22/1996, S. 6.

¹⁸ Vgl. vwd-Rußland vom 6. Oktober 1995; OMRI vom 19. September 1995.

¹⁹ Vgl. *Finansovye Izvestija* vom 9. März 1996; *Russian Economic Trends, Monthly Update*, 17. Mai 1996, S. 6; *Economist* vom 4. Mai 1996, S. 75; vwd-Rußland vom 30. April 1996; *Handelsblatt* vom 24. April 1996.

²⁰ Vgl. vwd-Rußland vom 10. Oktober 1995; vwd-Rußland vom 23. April 1996; *Finansovye Izvestija* vom 28. April 1996; *Finansovye Izvestija* vom 19. März 1996.

Chronik der Umschuldungsabkommen

28.10.1991	Memorandum of Understanding der Republiken der Sowjetunion über die Auslandsschulden der UdSSR
2. 4.1993	Erklärung der Regierung der Russischen Föderation zur Übernahme der alleinigen Haftung für die Auslandsverbindlichkeiten der UdSSR
2. 4.1993	Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club (Rußland I): Umschuldung der bis zum 31.12.1993 fälligen Kredite mit einer Laufzeit über ein Jahr, die vor dem 1.1.1991 aufgenommenen wurden, Tilgung nach sechs Freijahren in zehn gleichen Halbjahresraten zwischen 1999 und 2003; Zahlungsaufschub für Kredite, die nach dem 1.1.1991 aufgenommenen wurden, und für Kredite mit einer Laufzeit von unter einem Jahr; Kapitalisierung von 60 vH der 1993 fälligen Zinsen; Umschuldungsvolumen: rd. 15 Mrd. US-\$ (deutscher Anteil rd. 35 vH); Zahlungsverpflichtung für 1993: knapp 2 Mrd. US-\$; Konditionalität: Abschluß eines Abkommens mit dem IWF bis zum 1.10.1993.
20. 4.1994	Abkommen mit dem IWF über die zweite Ziehung der „Systemübergangsfazilität“
4. 6.1994	Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club (Rußland II): Umschuldung der 1994 fälligen Kredite mit einer Laufzeit über ein Jahr, die vor dem 1.1.1991 abgeschlossen wurden, Tilgung nach drei Freijahren in 26 Halbjahresraten mit steigenden Annuitäten von 1997 bis 2010; Zahlungsaufschub für Kredite, die nach dem 1.1.1991 aufgenommenen wurden und für Kredite mit einer Laufzeit von unter einem Jahr; Kapitalisierung von 40 vH der 1994 fälligen Zinsen (auch der Zinszahlungen aus dem Abkommen Rußland I); Umschuldungsvolumen: rd. 7,1 Mrd. US-\$ (deutscher Anteil rd. 38 vH); Zahlungsverpflichtung für 1994: rd. 3 Mrd. US-\$; Konditionalität: Erfüllung der Auflagen des IWF-Abkommens vom 20.4.1994.
11. 4.1995	Abkommen mit dem IWF über einen Beistandskredit
3. 6.1995	Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club (Rußland III): Umschuldung der 1994 fälligen Kredite mit einer Laufzeit über ein Jahr, die vor dem 1.1.1991 abgeschlossen wurden, Tilgung nach drei Freijahren in 26 Halbjahresraten mit steigenden Annuitäten von 1998 bis 2011; Zahlungsaufschub für Kredite, die nach dem 1.1.1991 aufgenommenen wurden, und für Kredite mit einer Laufzeit von unter einem Jahr; Kapitalisierung von 40 vH der 1994 fälligen Zinsen für langfristige Kredite und der Zinszahlungen aus dem Abkommen Rußland I, Kapitalisierung von 33,33 vH der Zinsen aus dem Abkommen Rußland II; Umschuldungsvolumen: rd. 6,4 Mrd. US-\$ (deutscher Anteil rd. 50 vH); Zahlungsverpflichtung für 1995: rd. 3,9 Mrd. US-\$; Konditionalität: Erfüllung der Auflagen des IWF-Abkommens vom 11.4.1994.
16.11.1995	Langfristiges Umschuldungsabkommen mit dem Londoner Club: Umschuldung der Kredite über rd. 25,5 Mrd. US-\$, Tilgung nach sieben Freijahren von 2002 bis 2015; Abschlagszahlung von rd. 2 Mrd. auf die aufgelaufenen Zinsrückstände über rd. 7 Mrd. US-\$; Kapitalisierung eines Teils der fälligen Zinsen während der ersten sechs Jahre; Umschuldungsvolumen: 32,5 Mrd. US-\$.
27. 3.1996	Abkommen mit dem IWF über einen dreijährigen Kredit über 10,1 Mrd. US-\$ aus der „Erweiterten Fonds-Fazilität“
29. 4.1996	Langfristiges Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club: Umschuldung der 1996 bis 1998 fälligen Kredite und der vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen aus den Abkommen Rußland I-III, Tilgung des überwiegenden Teils in 20 Jahren bei 6 Freijahren in graduell steigenden Annuitäten, eines kleinen Teils in 25 Jahren bei 6 Freijahren; Kapitalisierung eines Teils der Zinszahlungen der 1996 bis 1998 fälligen Kredite, keine Kapitalisierung der Zinsen aus den Abkommen Rußland I-III; Umschuldungsvolumen: 38,7 Mrd. US-\$ (deutscher Anteil: rd. 46 vH); Zahlungsverpflichtungen 1996 rd. 9,5 Mrd. US-\$; Konditionalität: Erfüllung der Auflagen des Abkommens mit dem IWF vom 27.3.1996.

Steuererhebung eingeleitet werden²¹. Das langfristige Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club ist an die Erfüllung dieser Auflagen gebunden, wobei für 1996 die quartalsweisen Überprüfungen und für 1997 und 1998 die jährlichen Überprüfungen durch den IWF maßgeblich sind. Wenn Rußland nach Einschätzung des IWF die vereinbarten Konditionen des Kredites nicht erfüllt, kann auch das Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club aufgehoben werden. Schon die ersten drei Umschuldungsabkommen waren an Bedingungen des IWF geknüpft. Zwar wird durch dieses Vorgehen der Druck auf Rußland, die vereinbarten Bedingungen einzuhalten, erhöht, aber zugleich werden durch die hohe Verantwortung für die Zahlungsfähigkeit Rußlands auch die Handlungsspielräume

des IWF eingeschränkt. Der IWF und die Gläubigerländer müssen deshalb flexibel auf die makroökonomischen und strukturellen Entwicklungen in Rußland reagieren. Mit einer buchstabengetreuen Einhaltung der IWF-Konditionen ist — wie in der Vergangenheit — nicht zu rechnen.

Umschuldung mit dem Londoner Club

Die Verbindlichkeiten Rußlands gegenüber den etwa 600 im Londoner Club zusammengeschlossenen Geschäftsbanken können für Ende 1995 auf rund 32,5 Mrd. US-\$

²¹ Vgl. vwd-Rußland vom 28. März 1996, S. 1; Süddeutsche Zeitung vom 28. März 1996, S. 22; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Februar 1996, S. 16.

geschätzt werden, wovon rund 7 Mrd. US-\$ auf Zinsrückstände entfallen²². Die Schulden gegenüber den Geschäftsbanken wurden von März 1992 an zunächst nicht mehr bedient. Die Geschäftsbanken räumten Rußland daraufhin einen Zahlungsaufschub für die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen ein, der vierteljährlich verlängert wurde. Die Zinsen für den überfälligen Schuldendienst lagen etwa $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte über den Zinssätzen am Londoner Interbankenmarkt (Libor). Am 16. November 1995 wurden schließlich die Grundsätze für ein langfristiges Umschuldungsabkommen vereinbart. Die Vereinbarung sieht eine Streckung der Tilgungszahlungen über 25 Jahre bei sieben Freijahren mit graduell steigenden Annuitäten vor; die ersten Tilgungszahlungen beginnen im Jahre 2002. Die Zinszahlungen werden während der ersten sechs Jahre teilweise kapitalisiert, vom siebten Jahr an sind die Zinsen in voller Höhe zu begleichen. Für die Zinsrückstände von 7 Mrd. US-\$, die bis 1995 aufgelaufen sind, wurde eine Abschlagszahlung von 2 Mrd. US-\$ vereinbart. Die übrigen Zinsrückstände wurden in variabel verzinsliche Anleihen (Floating Rate Notes) umgewandelt, deren Rückzahlung auf 20 Jahre bei sieben Freijahren gestreckt wurde²³. Der Zinssatz für den überfälligen Schuldendienst liegt um $\frac{3}{16}$ Prozentpunkte über Libor²⁴.

Mit der Vereinbarung über die langfristige Umstrukturierung der Verbindlichkeiten gegenüber den Geschäftsbanken ging erstmals eine Vereinbarung im Londoner Club einem umfassenden Umschuldungsabkommen im Pariser Club zeitlich voraus. Die Vereinbarung mit dem Londoner Club hatte darum zunächst nur einen vorläufigen Charakter; die vereinbarten Zahlungsverpflichtungen wurden von Rußland jedoch pünktlich erfüllt. Nach Abschluß der Umschuldungsvereinbarungen im Pariser Club legte der Londoner Club Ende Mai 1996 sein Umschuldungsmodell den betroffenen Geschäftsbanken zur Unterzeichnung vor. Die endgültige Unterzeichnung des Abkommens wird erst für Ende 1996 erwartet, da die Erhebung der aktuellen Schulden und die Ermittlung der Schuldner aufgrund des Sekundärhandels mit russischen Auslandsverbindlichkeiten schwierig ist²⁵. Der Sekundärhandel von Schuldtiteln sollte ab dem 21. Juni 1996 ausgesetzt werden, der Kurs lag zum Schluß bei rund 43 bis 44 vH ihres Nennwertes.

Anstieg der Neuverschuldung

Vor dem Abschluß der Umschuldungsabkommen mit dem Pariser und dem Londoner Club blieb für Rußland der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten weitgehend verschlossen. Mit den Umschuldungsabkommen haben sich die Voraussetzungen für die Kreditaufnahme des russischen Staates und der russischen Unternehmen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten verbessert. Angesichts der extrem hohen russischen Realzinsen sind die Anreize für die Kreditaufnahme im Ausland in der Tat hoch. 1996 sollen schon 37 vH des Haushaltsdefizits der russischen Föderation durch Kredite aus dem Ausland

gedeckt werden. Das Haushaltsgesetz sieht für 1997 Einnahmen über 2 Billionen Rubel (416 Mill. US-\$) aus einer Eurobond-Emission vor²⁶. Für einen Erfolg dieser Emission bedarf es allerdings ausreichender politischer Stabilität. Dann ist auch ein Rückfluß von Fluchtkapital in Form von Direkt- und Portfolioinvestitionen zu erwarten. Der Umfang dieser Kapitalzuflüsse kann schwer geschätzt werden. Insgesamt könnten 1996 bis zu 20 Mrd. US-\$ nach Rußland fließen, von denen nach den bisher bekannten Planungen rund 10 Mrd. US-\$ auf Kredite multilateraler Finanzorganisationen und staatlicher Geber entfallen werden. Starke Mittelzuflüsse und eine Senkung der Risikoprämien für russische Anlagen dürften zu einem Rückgang der sehr hohen Realzinsen für Rubelkredite beitragen.

Deutschland ist an diesen Kapitalzuflüssen besonders stark beteiligt: Bereits vor Abschluß des Abkommens mit dem Pariser Club wurde der russischen Regierung ein Kredit von über 4 Mrd. DM zur Verfügung gestellt, von denen 3 Mrd. DM als Zahlungsbilanz- und Budgethilfe an die russische Außenhandelsbank ausgezahlt wurden und 1 Mrd. DM an Projekte gebunden sind. Für die projektgebundenen Mittel soll ein Weg gefunden werden, deutsche Unternehmen an Aufträgen zu beteiligen, ohne gegen die Vereinbarungen der OECD über unzulässige Exportkredite zu verstoßen²⁷. Die Kredite wurden zu 90 vH durch die Bundesregierung verbürgt, mit 10 vH gehen die Geschäftsbanken ins Obligo. Der Zins liegt 1,25 Prozentpunkte über Libor für Sechsmonatsgeld²⁸. Bereits eine Woche nach dieser Kreditvergabe wurde ein weiterer Kredit über 1,1 Mrd. DM zugesagt, der durch Hermes-Bürgschaften und die Treuhandnachfolgerin BVS abgesichert wird. Darüber hinaus ist eine starke Beteiligung von deutschen Anlegern an den russischen Wertpapieremissionen zu erwarten.

Steigende Risiken von 2002 an

Die Gläubiger des Pariser und des Londoner Clubs gehen davon aus, daß mit der langfristigen Umstrukturierung der Auslandsverbindlichkeiten das russische Verschuldungsproblem abschließend gelöst ist²⁹. Weitere Umschuldungsabkommen seien nicht notwendig. Tatsächlich verbleibt jedoch ein deutliches Risiko. Zu unterscheiden sind zwei Probleme: erstens die Fähigkeit Rußlands,

²² Vgl. *Finansovye Izvestija* vom 21. November 1995; *Finansovye Izvestija* vom 7. Mai 1996, S. III; U. Beyreuther: Rußland: Umschuldung — ein Wechsel auf die Zukunft? In: *Deutsche Bank Research, Osteuropa-Themen*, Nr. 149/1996, S. 3.

²³ Beyreuther: *Umschuldung*, a.a.O., S. 4.

²⁴ Vgl. *Financial Times* vom 17. November 1995; *vwd-Rußland* vom 3. Mai 1995, S. 1.

²⁵ *vwd-Rußland* vom 6. Mai 1996, S. 1.

²⁶ Vgl. *Economist* vom 6. April 1996, S. 96.

²⁷ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. März 1996, S. 18.

²⁸ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. März 1996, a.a.O.

²⁹ Vgl. *Handelsblatt* vom 24. April 1996, S. 2.

die fälligen Zahlungen fristgerecht zu leisten, und zweitens seine Bereitschaft, den Zahlungsverpflichtungen auch nachzukommen. Nach den Zahlungsfristen der Umschuldungsabkommen dürfte der jährliche Schuldendienst an sämtliche Gläubiger in den Jahren 1996 bis 1998 etwa 9,5 bis 11 Mrd. US-\$ betragen und dann von 1999 an zunächst auf 16 bis 17 Mrd. US-\$ steigen. Bei diesem Anstieg spielen die vergleichsweise kurzen Tilgungsfristen für die Kreditprogramme des IWF eine wichtige Rolle. Vom Jahr 2002 an, wenn die Freijahre aus den Abkommen des Pariser und des Londoner Clubs abgelaufen sein werden, können die Zahlungsverpflichtungen auf rund 20 Mrd. US-\$ p.a. geschätzt werden. Nicht berücksichtigt ist in diesem Szenario die Neuverschuldung. Wenn die Neuverschuldung in den kommenden sechs Jahren — wie für 1996 zu erwarten ist — um 15 Mrd. US-\$ p.a. zunimmt, dann wäre Rußland im Jahre 2002 bereits mit 220 Mrd. US-\$ verschuldet, und der Schuldendienst würde sich um 6,5 bis 8,5 Mrd. US-\$ auf 25 bis 30 Mrd. US-\$ p.a. erhöhen.

Aus der Perspektive der Zahlungsbilanz könnte Rußland sowohl gegenwärtig als auch künftig den fälligen Schuldendienst für die aufgelaufenen Verbindlichkeiten leisten. Bei einer Auslandsverschuldung von rund 35 vH des BIP und rund 150 vH der Exporte sowie Handelsbilanzüberschüssen von rund 20 Mrd. US-\$ ist die russische Volkswirtschaft nur mäßig verschuldet. Ähnlich wie bei der Verschuldungskrise in den Entwicklungsländern in den achtziger Jahren ist das russische Verschuldungsproblem jedoch auch ein fiskalisches Problem. Der russische Staat muß fast für die gesamten Auslandsschulden aufkommen, selbst wenn ein erheblicher Teil der Kredite ursprünglich an die Unternehmen weitergereicht wurde. Nach der Kommerzialisierung und Privatisierung der früheren Staatsunternehmen kann die russische Regierung jedoch nicht mehr beliebig auf die Erträge der Unternehmen zurückgreifen. Die Einnahmen des konsolidierten Haushaltes sind 1995 auf das extrem niedrige Niveau von 26,2 vH des BIP, das entspricht zum laufenden Wechselkurs 95 Mrd. US-\$, gesunken³⁰. Angesichts dessen wird die russische Regierung kaum in der Lage sein, den fälligen Schuldendienst für Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von 22 vH der Haushaltseinnahmen zu leisten, auch wenn in der Volkswirtschaft genügend Mittel für eine Bedienung der fälligen Verbindlichkeiten vorhanden sind.

Die Auflagen der „Erweiterten Fonds-Fazilität“ des IWF räumen der Stärkung der Steuererhebung zwar Priorität ein, es ist jedoch zweifelhaft, ob die ehrgeizigen Ziele des Programms erreicht werden können. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1996 sind die Steuereinnahmen erneut weit hinter den Haushaltsansätzen zurückgeblieben. Zudem ist es nicht realistisch anzunehmen, daß die Staatsausgaben wie 1995 dauerhaft auf ein Niveau von unter 30 vH des BIP gesenkt werden können. Wenn der Staat seinen finanziellen Verpflichtungen künftig nachkommen soll, ist von einem deutlich höheren Anteil der Ausgaben des konsolidierten Haushaltes am BIP auszugehen. Unter diesen

Bedingungen müßten die Haushaltseinnahmen erheblich steigen, damit der Schuldendienst geleistet werden kann.

Der Schuldendienst könnte durch ein wachsendes Sozialprodukt erleichtert werden. Derzeit ist eine Erholung der russischen Wirtschaft allerdings kaum erkennbar, für 1996 ist sogar ein weiterer Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu befürchten. Wenn eine glaubwürdige ordnungspolitische und makroökonomische Stabilisierung gelingt, dann können zunächst angesichts des starken Produktionsrückgangs in Rußland und vor dem Hintergrund der Erfahrungen in anderen Transformationsländern durchaus hohe Wachstumsraten erwartet werden. Der IWF rechnet bis zur Jahrtausendwende mit Wachstumsraten des BIP von 6 vH. Das Wachstum hängt auch von der Verwendung der Kapitalzuflüsse aus dem Ausland ab. Vor allem mit einer investiven Verwendung der neuen Mittel können der Wachstumsprozeß und damit die künftige Zahlungsfähigkeit Rußlands unterstützt werden.

Die russischen Auslandsverbindlichkeiten sind überwiegend in US-\$ und DM zu begleichen. In der Verschuldungskrise der Entwicklungsländer zu Beginn der achtziger Jahre hat die Aufwertung des US-\$ gegenüber den inländischen Währungen eine wichtige Rolle gespielt. In Rußland verlief die Entwicklung bislang umgekehrt: Wie Tabelle 3 zeigt, ist der Anteil der Auslandsverschuldung und des fälligen Schuldendienstes am BIP aufgrund der realen Aufwertung des Rubel von 1992 bis 1994 deutlich zurückgegangen, obwohl die Auslandsverschuldung schnell gewachsen und das reale BIP deutlich gesunken sind.

Mit einer erneuten Aufwertung des Rubel würde zwar der Anteil der Auslandsverschuldung und des Schuldendienstes am BIP sinken und damit für den Staat die Rückzahlung der Schulden erleichtert werden, allerdings verschlechtert sich bei einer realen Währungsaufwertung auch die Handelsbilanz, so daß weniger Ressourcen für die Rückzahlung der Schulden zur Verfügung stehen. Kurzfristig kann durch die Umschuldungsabkommen und bei einer glaubwürdigen Stabilisierung eine weitere reale Aufwertung des Rubel bewirkt werden; mittel- und langfristig ist es dagegen notwendig, eine Überbewertung des russischen Rubel zu vermeiden, um die Wettbewerbsfähigkeit russischer Unternehmen nicht zu beeinträchtigen.

Die Bedienung der russischen Auslandsverbindlichkeiten ist auch mit einem Zinsrisiko verbunden. Ein beträchtlicher Teil des Schuldendienstes wird durch die Neuaufnahme von Krediten geleistet, die zu den laufenden Konditionen auf den Geld- und Kapitalmärkten aufgenommen

³⁰ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Investitionsschwäche verhindert Wachstum. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1996, S. 320 f. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 273/1996, und IWH Forschungsreihe 5/96 veröffentlicht.

Tabelle 3

Ausgewählte Wirtschafts- und Verschuldungsindikatoren

	1992	1993	1994	1995
	ausgewählte Wirtschaftsindikatoren			
BIP Veränderung gegen Vorjahr in vH	-14,5	-8,7	-12,6	-4,0
BIP in Mrd. US-\$ ¹⁾	95,3	184,0	277,2	364,3
Exporte in Mrd. US-\$ ²⁾	53,6	59,2	66,7	81,6
Importe in Mrd. US-\$ ²⁾	43,0	36,1	51,2	58,9
Handelsbilanzsaldo in Mrd. US-\$	10,6	23,1	15,5	22,7
Einnahmen des konsolidierten Haushaltes in vH des BIP	28,0	29,0	29,0	26,2
Einnahmen des konsolidierten Haushaltes in Mrd. US-\$ ¹⁾	26,7	53,4	80,4	95,4
	Verschuldungsindikatoren			
Auslandsverschuldung ³⁾	79,0	83,9	94,2	120,0 ⁴⁾
Auslandsverschuldung in vH des BIP	82,9	45,6	34,0	32,9
Auslandsverschuldung in vH der Exporte	147,4	141,8	141,3	147,1
Auslandsverschuldung in vH der Einnahmen des konsolidierten Haushaltes	296,0	157,2	117,2	125,7
Fälliger Schuldendienst in Mrd. US-\$ ⁵⁾	7,8	16,4	20,6	20,8
Fälliger Schuldendienst in vH des BIP	8,1	8,9	7,4	5,7
Fälliger Schuldendienst in vH der Exporte	14,5	27,7	30,9	25,5
Fälliger Schuldendienst in vH der Einnahmen des konsolidierten Haushaltes	29,1	30,7	25,7	21,8

¹⁾ Eigene Umrechnung der nominalen Rubelwerte zum Jahresmittelkurs. — ²⁾ 1994 und 1995 lt. russischer Zahlungsbilanz, 1992 und 1993 nach Berechnungen von Goskomstat, Statisticeskij Ezegodnik 1995, S. 429. — ³⁾ Zum Jahresende nach Angaben der Weltbank. — ⁴⁾ Zum 1. 1. 1996. — ⁵⁾ 1992-1994 nach Angaben der Weltbank; 1995 lt. Zahlungsbilanz Rußlands.

Quellen: Statisticeskij Ezegodnik 1995, Moskau 1995; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996; Platežnyj Balans Rossijskoj Federazii za 1995 god, in: Ekonomika i Žizn, Nr. 22/1996, S. 6; Weltbank: World Debt Tables 1995-96, Washington, D.C., 1995; unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der Weltbank.

werden müssen. Zudem wurde für die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Gläubigern des Londoner Clubs ein variabler Zinssatz, der sich an den Zinsen im Londoner Interbankenmarkt orientiert, festgelegt. Demgegenüber wurde in den bilateralen Abkommen mit den Gläubigern des Pariser Clubs in der Regel ein fixer Zinssatz vereinbart. Gegenwärtig befinden sich die Zinssätze auf den internationalen Kapitalmärkten auf einem im historischen Vergleich niedrigen Niveau. Ein starker Anstieg der Zinssätze könnte — ähnlich wie bei der Verschuldungskrise in den Entwicklungsländern zu Beginn der achtziger Jahre — dazu führen, daß für Rußland die Zahlungsverpflichtungen aus dem fälligen Schuldendienst sprunghaft steigen.

Neben den Haushalts-, Währungs- und Zinsrisiken gibt es auch ein politisches Risiko für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Umschuldungsabkommen des Pariser und des Londoner Clubs. In der Vergangenheit ist es Rußland gelungen, trotz hoher Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse eine weitreichende Umschuldung seiner Zahlungsverpflichtungen durchzusetzen. Auf der Gläubigerseite hat das Motiv der politischen Stabilisierung bei der Vereinbarung der Umschuldungsabkommen offenbar eine wichtige Rolle gespielt. Die weichen Kondi-

tionen der ersten Umschuldungsabkommen, insbesondere die Kapitalisierung von Zinszahlungen, haben zu einer weiteren Erhöhung der russischen Verschuldung beigetragen. In den langfristigen Umschuldungsabkommen wurde eine neuerliche Kapitalisierung von Zinszahlungen zwar weitgehend vermieden. Allerdings kann Rußland staatliche Gläubiger auch zu neuen Krediten veranlassen, mit denen die fälligen Schulden bedient werden. Man mag die Vereinbarung deutscher Kredite über 5 Mrd. DM während der Verhandlungen des Pariser Clubs über die russische Auslandsverschuldung bereits in diesem Sinne interpretieren. Die Bedienung der Schulden durch neue Kredite oder die Umschuldung von fälligen Zins- und Tilgungszahlungen haben den gleichen Effekt: Sie erhöhen die Schuldenlast, wenn ihnen nicht ausreichend hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes, die zu entsprechenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte führen, gegenüberstehen. Kurzfristig dürfte durch den Abschluß der Umschuldungsabkommen und den dadurch eröffneten Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten Ruhe eingekehrt sein. Die Risiken, daß Rußland seinen fälligen Schuldendienst nicht mehr bedienen wird, steigen aber mit der Zunahme der vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nach der Jahrtausendwende.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 144 **Modellrechnung zu den steuerlichen Effekten des Wohnungsbaus mit Bezug auf globale Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik.** Von Bernd Bartholmai. 95 S. 1993. (3-428-07838-1). DM 82,— / öS 640,— / sFr 82,—.
- Heft 145 **Die Bedeutung des internationalen Dienstleistungshandels für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Herbert Lahmann, Siegfried Schultz und Christian Weise. 311 S. 1993. (3-428-07841-1). DM 158,— / öS 1.233,— / sFr 158,—.
- Heft 146 **Analyse der direkten und indirekten Förderungseffekte für einen Wohnungsbaujahrgang am Beispiel Hamburgs.** Von Bernd Bartholmai. 110 S. 1993. (3-428-07862-4). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Heft 147 **Finanzielle und finanzpolitische Konsequenzen eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 138 S. 1993. (3-428-07897-7). DM 96,— / öS 749,— / sFr 96,—.
- Heft 148 **Die Weltbevölkerung von den Anfängen des anatomisch modernen Menschen bis zu den Problemen seiner Überlebensfähigkeit im 21. Jahrhundert.** Von Rolf Krengel. 124 S. 1994. (3-428-07993-0). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 149 **Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern.** Von Heinz Enderlein, Uwe Kunert und Heike Link. 178 S. 1994. (3-428-07992-2). DM 114,— / öS 890,— / sFr 114,—.
- Heft 150 **Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000.** Von Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz. 114 S. 1994. (3-428-08001-7). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 151 **Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum.** Von Stefan Bach, Martin Gornig, Frank Stille und Ulrich Voigt. 249 S. 1994. (3-428-08188-9). DM 138,— / öS 1077,— / sFr 138,—.
- Heft 152 **Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin.** Von Klaus-Peter Gaulke. 179 S. 1994. (3-428-08187-0). DM 118,— / öS 921,— / sFr 118,—.
- Heft 153 **Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982-1992.** Von Wolfgang Seufert. 263 S. 1994. (3-428-08255-9). DM 142,— / öS 1108,— / sFr 142,—.
- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse.** Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.389,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 952,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.233,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven —.** Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 1.030,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.280,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 1.030,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.389,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 1.030,— / sFr 132,—.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 65. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 3/1995. 208 S. DM 142,—

Editorial. Von Prof. Dr. *Lutz Hoffmann*.

Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß — ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit Von *Dieter Vesper*.
Geld und Währung in Deutschland seit der Währungsumstellung. Von *Reinhard Pohl*.

Die deutsche Vereinigung — ein Transferproblem. Von *Heiner Flassbeck*.

Die deutsche Vereinigung — Stimulus für die Weltwirtschaft? — *Ein Rückblick mittels ökonomischer Simulationen*. Von *Gustav A. Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Strukturen der Industrie in den neuen Bundesländern. Von *Karl Brenke*.

Die Privatisierungs- und Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt: Eine Analyse aus transaktionskostentheoretischer Sicht. Von *Herbert Brücker*.

Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland — *Veränderte Einschätzungen durch Berücksichtigung von Preisunterschieden*. Von *Martin Gornig* und *Claudius Schmidt-Faber*.

Income Effects of Unemployment and Short-Time Work in the East German Transformation Process. By *Johannes Schwarze*, *Ulrich Rendtel* and *Felix Büchel*.

Anlagevermögen und Produktionspotential in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in den neuen Bundesländern auf ausgewählte Infrastrukturbereiche. Von *Erika Schulz*.

Maßnahmen und Wirkungen der Umweltpolitik des Bundes in den neuen Ländern. Von *Heike Belitz*, *Dietmar Edler* und *Walter Komar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1995. 134 S. DM 98,—

Market spreading versus market concentration: The choice of export marketing strategies reconsidered. By *Harald Trabold*.

Arbeitsmarktsituation von Frauen in den neuen Bundesländern: Erwerbsverhalten, frauenspezifische Beschäftigungsrisiken, betriebliche Handlungsspielräume. Von *Friederike Behringer*.

Kohorteneffekte auf Niveau und Entwicklung von Arbeitseinkommen im Laufe des Berufslebens — eine empirische Studie. Von *Hilmar Luckert*, *Christof Kühnlein* und *Leonhard Knoll*.

Koordinierungsbedarf für die direkten Steuern bei verstärkter politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Union. Von *Thomas Döring* und *Oliver Fromm*.

Individuelle Wohlfahrtseffekte einer ökologischen Steuerreform am Beispiel des Verkehrsbereiches. Von *Holger Schlör*.

Armut in der Transformation — das Beispiel Ungarn. Von *Rudolf Andorka* und *Zsolt Spéder*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 1/1996. 137 S. DM 96,—

Transformation, Investitionen und Wachstum: Eine theoretische Perspektive. Von *Herbert Brücker* und *Wolfram Schrettl*.

Privateigentum, Privatisierung und Transformation. Von *Hella Engerer*.

Rußland: Fortsetzung des Niedergangs oder Beginn eines Aufschwungs? Von *Wolfram Schrettl* und *Ulrich Weißenburger*.

Lessons from Five Years of Industrial Reform in Post-Socialist Central and Eastern Europe. By *Christian von Hirschhausen*.

Die Veränderung der komparativen Vorteile Mittel- und Osteuropas im Transformationsprozeß. Von *Harald Trabold* und *Carla Berke*.

Vorträge auf der 70-Jahr-Feier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung am 14. November 1995 in Berlin.

Vertiefung und Osterweiterung der Europäischen Union — *Optionen für die Währungsordnung einer EU der Zwanzig*. Von *Peter Bofinger*.

Die Handelspolitik der EU zwischen internen, assoziierungsvertraglichen und multilateralen Zwängen. Von *Fritz Franzmeyer*.

Der Beitritt zur Europäischen Union — Implikationen für Mittel- und Osteuropa. Von *János Kornai*.

A European Union View of Enlargement to Central and Eastern Europe. By *Alan Mayhew*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abschließendes Kollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung. Bearbeitet von Elke Holst und Jürgen Schupp. —
Rußlands Auslandsverbindlichkeiten nach der langfristigen Umschuldung. Bearbeitet von Herbert Brücker.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304